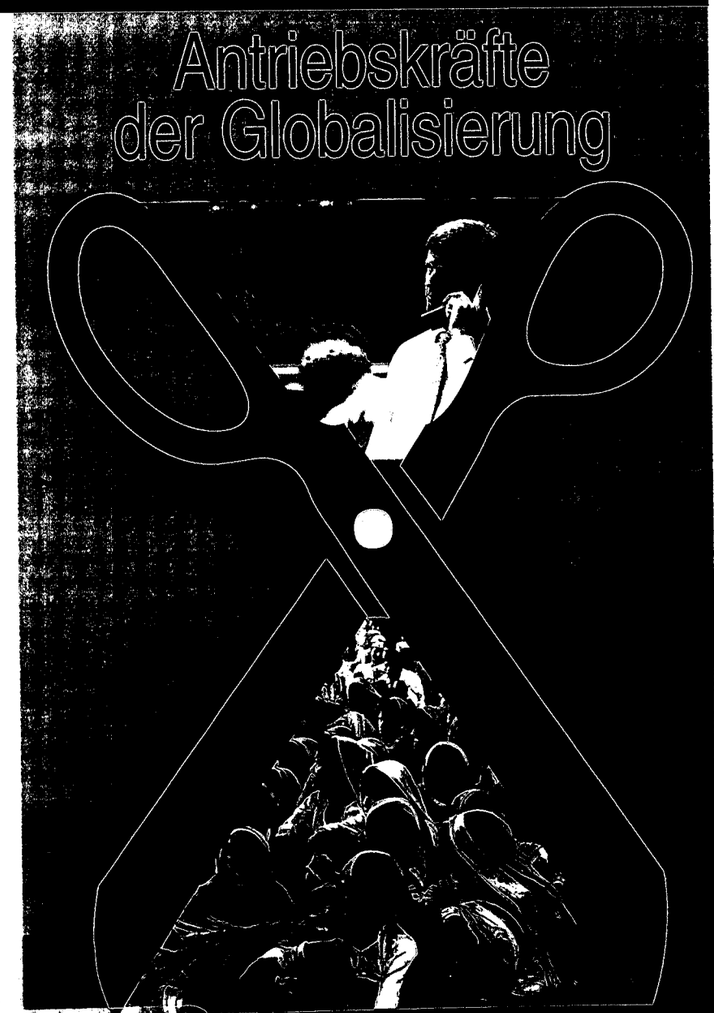
IWF/Weltbank:



66

C 00 - 03183

IG Metall

MATERIALIEN

DGB BILDUNGSWERK

Vorwort

Die internationale Gemeinschaft der Banken und internationalen Finanzinstitutionen wie Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) zwingen viele Staaten der Dritten Welt, staatliche Programme zu kürzen oder ganz zu streichen. Der Rotstift wird vor allem im Sozial-, Bildungs- und Umweltbereich angesetzt. Unter dem Zwang den Export rasch zu steigern, sind die Schuldner gezwungen ihre Rohstoffausfuhr ständig auszuweiten. Die unerträgliche, ständig wachsende Schuldenlast vieler Entwicklungsländer schlägt der Plantagenwirtschaft immer neue Schneisen. Immer mehr Holz-, Zellstoff- und Papierunternehmen aus dem Norden investieren im Süden. Dort wächst der Eukalyptus schneller, die Umweltauflagen sind lasch oder gar nicht vorhanden, der Boden billig und die Löhne niedrig. Ständig wachsende Monokulturen sind die Folge: Ein Hektar Eukalyptus liefert pro Jahr 30 m³ Holz, der Naturwald dagegen „nur" 6–8 m³.

Seit dem Amtsantritt von Ronald Reagan in den USA und Margaret Thatcher in Großbritannien verfolgt der IWF konsequent einen Kurs, der auf Strukturanpassungsprogramme zur Überwindung von Überschuldungsproblemen setzt. Die Schuldnerländer werden mit harten Sparauflagen wieder zur marktwirtschaftlichen Räson gebracht. Dabei wird allen IWF-Bittstellern dieselbe Medizin verordnet, deren soziale und ökologische Folgen oftmals verheerend sind.

Grundsätzlich hat der IWF seit 1944, dem Geburtsjahr des IWF und der Weltbank, die Aufgabe, für den internationalen Zahlungsausgleich zu sorgen. Aber das Bretton-Woods-Abkommen hat die Geschichte früherer Verschuldungskrisen heutiger Entwicklungs- und Schwellenländer nur fortgeschrieben. Denn: Aufgrund eines Quotensystems haben die großen Industrieländer und vor allem die USA in dem Gremium unangefochten das Sagen, und das Abkommen nimmt einseitig nur die Schuldnerländer in die Pflicht. Zwar wurde komplementär zum IWF die Weltbank ins Leben gerufen, die langfristig projektgebundene Entwicklungskredite vergibt. Doch was oberflächlich betrachtet als ein Ausgleich zum IWF aussehen mag, erweist sich als Trugschluss. Denn: Ohne IWF-Mitgliedschaft keine Mitgliedschaft in der Weltbank, ohne Einhaltung der IWF-Regeln keine Entwicklungskredite der Weltbank.

Zunächst traten die beiden Zwillingsorganisationen nach dem Zweiten Weltkrieg kaum in Erscheinung. Erst mit steigenden Schuldenbergen und besonders seit den akuten Verschuldungskrisen der 80er Jahre, vor allem in Mexiko und Brasilien, wuchsen die Macht und die Bedeutung des IWF enorm. Seit dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts begehrt kaum noch ein Land gegen die harten IWF-Auflagen auf. Sogar die ehemals größten Kritiker sind heute längst Kunden und Bittsteller des IWF geworden. Unter dem Deckmantel der Globalisierung haben sich die Kompetenzen der beiden weitgehend anonymen internationalen Institutionen sogar noch vergrößert. Wie die Asienkrise verdeutlicht hat, berücksichtigen sie dabei immer stärker nur noch wirtschaftliche Interessen.

Seit drei, vier Jahren jedoch formiert sich ein neues, immer breiteres, weltweites Bündnis von Globalisierungsgegnern, bestehend aus Nichtregierungsorganisationen aller Schattierungen und Gewerkschaften. Und der Druck gegen die anonymen, kaum kontrollierbaren internationalen Institutionen wächst, wie die Demonstrationen gegen das Treffen der mächtigen Welthandelsorganisation WTO 1998 im US-amerikanischen Seattle und gegen die Frühjahrstagung 2000 von IWF und Weltbank in Washington gezeigt haben.

Wie die Broschüre *„Rohstoff": Geld. Wer hat, dem wird gegeben* soll auch diese Broschüre zur innergewerkschaftlichen Diskussion beitragen und das nicht selten verwirrende Geschehen in der Weltwirtschaft und an den internationalen Finanzmärkten transparenter machen.

Wolfgang Rhode
Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der IG-Metall

Günther Dickhausen
Vorsitzender des DGB-Bildungswerkes

C 00 - 03183

Inhalt

Verschuldungskrisen: Nichts Neues in der Weltgeschichte 4

Der Kurort Bretton Woods:
Geburtsstätte des heutigen Weltwirtschaftssystems 8

Strukturanpassungsprogramme:
Entwicklungsländer auf westlichen Kurs trimmen 12

Weltbankprojekte: Die Verlierer sind die Armen und die Umwelt 18

IWF und Weltbank: Mitverantwortlich
für die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich 24

Gegenmacht: Rennen gegen eine Gummiwand? 27

Literatur/Adressen 30

Materialien/Impressum 31

Bibliothek

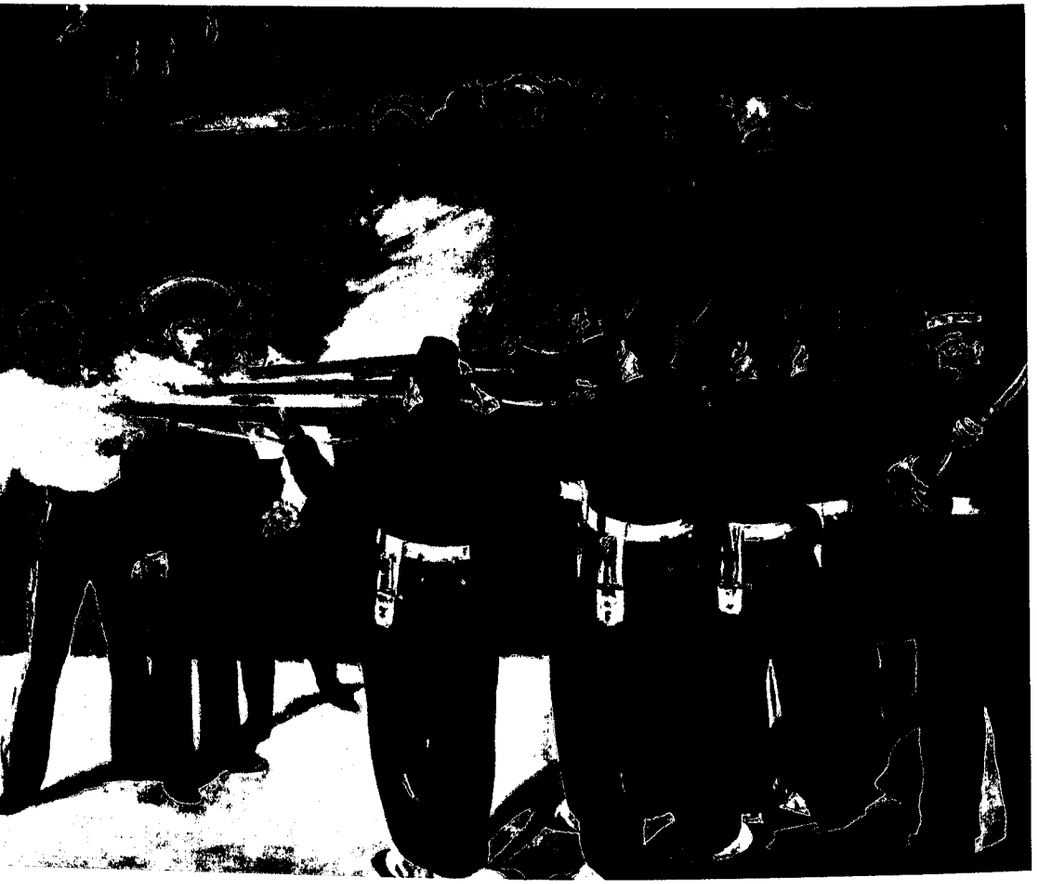
Verschuldungskrisen:

Nichts Neues in der Weltgeschichte

Vom Regen in die Traufe: Die USA lösen England als Hauptgläubiger ab

Manchmal scheint sich Geschichte zu wiederholen. Die Länder Lateinamerikas, vor 170 bis über 180 Jahren völkerrechtlich souverän geworden, zählen mit ihren fast regelmäßig wiederkehrenden Finanzkrisen seit jeher zu den größten Schuldnerstaaten der Welt. Erstmals hatten die Länder dieser Region von 1825 bis 1827 akute Zahlungsschwierigkeiten. Damals löste England, das teilweise auch die Unabhängigkeitskriege finanziert hatte, Spanien und Portugal als Hegemonialmächte Lateinamerikas ab.

In den 70-er Jahren des vorigen Jahrhunderts erlebte Lateinamerika bereits seine zweite Verschuldungskrise. Damals ging man teilweise mit militärischen Mitteln vor, um säumige Schuldner zu zwingen, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Also landete in Mexiko 1861, das seine Schulden- und Zinszahlungen für Auslandsschulden eingestellt hatte, ein französisch-englisch-spanisches Expeditionskorps. Nachdem die mexikanische Regierung die Forderungen anerkannt hatte, zogen Engländer und Spanier bald wieder ab. Die Franzosen aber inthronisierten einen Bruder des österreichischen Kaisers Franz-Joseph, den Erzherzog Maximilian. Er wurde 1866 hingerichtet, als die USA nach Beendigung des amerikanischen Bürgerkrieges die Franzosen entsprechend der Monroe-Doktrin aus Mexiko hinausdrängten. 1823 hatte der damalige amerikanische Präsident James Monroe vor dem Kongress seine Doktrin verkündet, die sich gegen Interventionsabsichten der ehemaligen europäischen Kolonialmächte in den unabhängigen lateinamerikanischen Republiken wandte.



1890 gerieten Argentinien und Uruguay in Zahlungsschwierigkeiten und stellten ihre Schuldentilgung ein. Dabei trat schon ein Akteur der Finanzwelt in Erscheinung, der erst vor wenigen Jahren wieder Schlagzeilen machte, die Londoner Bank Barings Brothers & Co. Die englische Bank brach 1997 aufgrund windiger Geschäfte ihres Hongkonger Brokers Nick Leesen zusammen. Vor gut 100 Jahren jedoch, als die Bank schon einmal wegen übermäßiger Kreditvergabe an Argentinien kurz vor dem Bankrott stand und die britische Regierung eine gefährliche Ausweitung der Krise befürchtete, konnte das Bankhaus durch ein Garantiekonsortium gerettet werden.

Verschuldungskrisen: Nichts Neues in der Geschichte

Verschuldung und Verschuldungskrisen sind also keineswegs nur neueren Datums. Während jedoch Länder wie England und andere europäische Staaten, die USA, Kanada und Australien mit geliehenem Geld selbsttragende Entwicklungen einleiteten, mussten die jungen lateinamerikanischen Staaten zur Ausgleichsfinanzierung auf Auslandskredite zurückgreifen, weil die Preise für ihre Exportwaren bei gleichbleibendem Preisniveau industrieller Importprodukte fielen. Zudem nutzte die heimische Oligarchie Auslandskredite häufig für Infrastrukturmaßnahmen, vor allem für den Bau von Eisenbahnen und zur Entwicklung der großagrarischen und bergbaulichen Exportwirtschaft, die vor allem ihr zugute kamen. So gerieten die lateinamerikanischen Länder bereits im 19. Jahrhundert in eine Schuldenfalle, aus der sie sich bis heute nicht mehr befreien konnten.

Fast zwangsläufig spitzte sich die Verschuldung immer wieder zu akuten Finanzkrisen zu. Brasilien stellte 1898, 1914 und 1930 die Begleichung seiner Auslandskredite ein. Jedesmal wurden Umschuldungsverhandlungen eingeleitet und neue Kredite gewährt. Und immer dienten die neue Kredite nur der Bedienung der alten Schulden mit den heute bekannten Folgen, dass die Außenschuld und damit der zukünftige Schuldendienst kräftig weiter anstieg. 1937 schließlich, als aufgrund einer Rezession in den USA die brasilianischen Exporte drastisch sanken, setzte das Land seine Zahlungen für fast drei Jahre aus und zahlte danach auch nur Beträge im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten zurück.

Wieso aber, mag man fragen, haben die Gläubiger so lange still gehalten und das Land nicht massiv unter Druck gesetzt? Die Antwort: Damals lösten die USA Großbritannien, den lange Zeit wichtigsten Handelspartner Brasiliens, ab, so dass das Vereinigte Königreich keine wirtschaftlichen Druckmittel mehr besaß, um die Schulden einzutreiben. Zwar stammten damals weit über 60 Prozent der Außenkredite aus Großbritannien, dem alten Finanzzentrum, aber die Insel nahm nur noch 5 Prozent der brasilianischen Ausfuhren ab. Bei den USA waren die Verhältnisse inzwischen umgekehrt. Von ihnen stammten nur etwa 30 Prozent der brasilianischen Kredite, nahmen aber fast die Hälfte der Exporte des Landes ab. So begannen die USA gezielt, ihre politische Hegemonie in Lateinamerika auszubauen.

Monetäre Fesseln unter neuen Vorzeichen

Damals löste die neue Weltwährung Dollar das britische Pfund nach und nach ab. Gleichzeitig löste die Pax Americana die vormals britische Hegemonie ab und neue monetäre Fesseln wurden geschmiedet. Mit dem Marshall-Plan für Europa, der Militär- und Wirtschaftshilfe für die Dritte Welt und eine Reihe von Institutionen und Organisationen wurde ein abgestuftes System internationaler Verbindungen geschaffen, das die Hegemonie der USA festigte und zementierte. Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahmen die USA ohne zu zögern, wie noch nach dem Ersten Weltkrieg, die Führungsrolle in der Welt. Und während früher Kredite notfalls mit Kanonenbooten und Expeditionskorps eingetrieben wurden, übernahm nun der IWF die Funktion des Schuldeneintreibers.

Mitte der 60-er Jahre gewinnt die Dynamik der Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer, die durch den Zweiten Weltkrieg unterbrochen worden war, wieder langsam an Fahrt. 1960 waren es insgesamt erst knapp 18 Milliarden US-$; ein Jahrzehnt später 75 Milliarden US-$ und zu Beginn der Ölkrise 1973/74 etwa 110 Milliarden US-$. Bis dahin stammten diese Auslandskredite fast bis zur Hälfte aus öffentlichen Quellen. Als dann jedoch die OPEC-Staaten fast über Nacht die Rohölpreise vervierfachten, flossen rasch Milliarden überschüssiger Petrodollars auf die Konten internationaler Banken. Dem World Economic Outlook des IWF von 1984 zufolge summierten sich die Nettoüberschüsse der OPEC-Länder in der Zeit von 1974 bis 1982 insgesamt auf rund 400 Milliarden US-$. Da sich die Industrieländer damals in einer Rezessionsphase befanden und das Geld bei ihnen nicht gewinnbringend angelegt werden konnte, vergaben die Banken immer größere Kredite an Entwicklungsländer. 1983 stammten schließlich nicht einmal mehr 30 Prozent der Auslandskredite der Entwicklungsländer aus öffentlichen Quellen.

170 Jahre Schulden: Gibt es noch Hoffnung für Lateinamerika?

Seit Ende der 50-er Jahre flossen fast jährlich auch wieder IWF-Bereitschaftskredite und Finanzhilfen für Exportausfälle nach Lateinamerika. Zunächst jedoch tröpfelte der Kredithahn nur. Die Kredite überstiegen allerdings selten einmal 200 Millionen Sonderziehungsrechte-Grenze. Nach der Ölkrise aber kam die Verschuldungsdynamik auf Touren. Denn auch die Entwicklungs- und Schwellenländer mussten für ihre Ölrechnungen immer höhere Beträge aufbringen. Gleichzeitig stieg der Schuldendienst, d. h. die Zins- und Tilgungszahlungen, der lateinamerikanischen Länder, rasch an. Wenn damit einhergehend die Exporterlöse genauso gestiegen wären, hätte dies keine Gefahr bedeutet. Aber der umgekehrte Fall trat ein, und die durchschnittliche Schuldendienstquote - das Verhältnis der Zins- und Tilgungszahlungen zu den Exporterlösen - kletterte in Lateinamerika von 13 (1970) auf über 53 im Jahre 1982 an. Zusätzlich verschärft wurde die latente Finanzkrise 1978 durch die Hochzinspolitik der USA, die besonders die langfristigen Kredite mit variablen Zinssätzen verteuerte.

Der Gipfel des Unsinnigen: 1932 schaufelten brasilianische Seeleute große Mengen Kaffee ins Meer, weil es in Europa keine Abnehmer gab

Mexiko, Brasilien und andere mittel- und südamerikanische Ländern versuchten, die sich anbahnende Krise mit teuren kurzfristigen Krediten zu meistern. Aber wie zu erwarten war, spitzte diese kurzsichtige Finanzpolitik die Zahlungsprobleme nur weiter zu und veränderte die Schuldenstruktur nachhaltig. Trotzdem erhielten Mexiko und Brasilien, das 1983 einen Schuldenberg von über 91 Milliarden US-$ vor sich herschob, noch 1982 weitere Kredite, als andere Schuldnerländer längst zu Umschuldungen gezwungen waren. Denn: Nicht Zahlen und Fakten sind ausschlaggebend für die Krisenträchtigkeit einer Situation, sondern einzig und allein die Frage, wann Banker einem Schuldner die Kreditwürdigkeit absprechen, keine weiteren Kredite mehr fließen und die Finanzkrise eskaliert.

Am Tropf des IWF: Mexiko und Brasilien

1982 machte folgende Anekdote die Runde: „Pedro wälzt sich schlaflos im Bett. Morgen muss er Miguel sein Geld zurückzahlen. Pedro aber besitzt keinen Pfennig. Maria weiß, was Pedro bedrückt. Sie steht vor dem Morgengrauen auf, kleidet sich rasch an und macht sich auf den Weg zu Miguels Wohnung. Auf mehrmaliges Läuten an der Tür erscheint dieser schließlich am Fenster. ‚Ich bin es, Maria - ich muss dir sagen, dass Pedro morgen nicht bezahlt.' Ohne ein weiteres Wort kehrt Maria nach Hause zurück und verblüfft Pedro mit der Aussage: ‚Jetzt kannst du endlich ruhig schlafen, denn nun ist die Reihe an Miguel.'"

August 1982: Der vermeintlich reiche Erdölstaat Mexiko, vollgepumpt mit Auslandskrediten, stellt die Zahlungen an seine ausländischen Gläubiger ein. Doch anders als bei den finanziell schwer angeschlagenen afrikanischen oder asiatischen Ländern offenbart diese Finanzkrise, dass nicht nur der Schuldner, sondern auch die Gläubiger in der Klemme stecken. Denn: Die 83 Milliarden US-$, die Mexiko an Auslandsverbindlichkeiten angehäuft hatte, gefährdeten auch einige Großbanken. Ein Zusammenbruch mehrerer Großgläubiger könnte zu einer Kettenreaktion führen und, so wird befürchtet, das gesamte Weltwährungs- und -finanzsystem ins Wanken bringen.

Als Mexiko schließlich nicht mehr an ausländische Gläubigerbanken zahlte, führte dies dazu, dass auch die Bonität der übrigen lateinamerikanischen Großschuldner überprüft und man bei neuen Kreditvergaben vorsichtiger wurde. Das gleichgerichtete Verhalten der Banken als Reaktion auf die Zahlungskrise eines Schuldnerlandes verschärfte die Krise zusehends, denn nun gerieten auch Brasilien, Argentinien und Bolivien in Zahlungsschwierigkeiten, da frisches Geld ausblieb.

Schließlich aber konnten Privatbanken, IWF, Weltbank und die Regierungen die Schuldnerländer durch Umschuldungsverhandlungen den drohenden Bankrott der Länder abwenden. Die Kreditlaufzeiten wurden teilweise verlängert, und der IWF stellte für die am meisten verschuldeten Länder Mexiko, Brasilien und Argentinien milliardenschwere Kredite bereit und griff Chile, Bolivien, Uruguay und Ekuador mit etlichen weiteren Hundertmillionen unter die Arme.

Mitte 1983 war die akute Gefahr für das Weltfinanzsystem abgewendet. Aber die Schulden des Kontinents hatten noch längst nicht seinen Höchststand erreicht. Sie kletterten von über 330 Milliarden US-$ 1982 auf fast 450 Milliarden US-$ 1987 und sanken erst danach langsam wieder. ●

Der Kurort Bretton Woods:

Geburtsstätte des heutigen Weltwirtschaftssystems

Nichts Neues am Wirtschaftshimmel

Das Weltwirtschaftssystem in seiner heutigen Form ist gerade 55 Jahre alt. Auch wenn wichtige Elemente des Abkommens von 1944 inzwischen außer Kraft gesetzt sind, funktioniert die Weltwirtschaft heute noch weitgehend nach den Gesetzen von damals. Nur bestimmen heute andere Akteure das Geschehen: Multinationale Konzerne, die an keinen Staat und nationale Grenzen gebunden sind, Spekulanten und Börsenhaie profitieren nun von Bestimmungen und Regeln, die vor etlichen Jahrzehnten entwickelt wurden.

Harry Dexter White (links) und John Maynard Keynes beim Treffen des International Monetary Fund's Board of Governors in Savanah, Georgia, USA, am 08. März 1946.

Als sich der Sieg der Alliierten über Hitler-Deutschland abzuzeichnen begann, trafen sich die späteren Siegermächte im Juli 1944 im hinterwäldlerischen Kurort Bretton Woods im US-Bundesstaat New Hampshire, um das internationale Wirtschaftssystem neu zu regeln. Die Erfahrungen der 30-er Jahre mit den Währungszusammenbrüchen, der Massenarbeitslosigkeit und der fortschreitenden Verelendung - in Deutschland schließlich im Faschismus endend - waren allen noch präsent. Das Wirtschaftsdrama des Jahrhunderts, die große Depression, sollte sich nicht wiederholen. In nur drei Jahren von 1929 bis 1932 halbierte sich der Welthandel im Anschluss an den „Schwarzen Freitag", als die New Yorker Börse ihre Talfahrt antrat, die Preise kollabierten und überall hohe Zollmauern errichtet wurden. Jeder glaubte, sich vor den Produkten des Nachbarn schützen zu müssen. Zwar versuchten die USA schon 1934, durch entsprechende Abkommen auf Gegenseitigkeit die Grenzen zu öffnen, aber es sollte noch mehr als ein Jahrzehnt dauern, bis die Schutzzölle verschwunden waren.

Als das Ende des Zweiten Weltkriegs noch gar nicht abzusehen war, hatte man in den USA schon Pläne für eine neue Welthandels- und Weltwährungsordnung erarbeitet. Sie zielten darauf ab, künftig Wirtschaftskrisen, wie die der 30-er Jahre zu verhindern und zugleich die weltweite Expansion des US-Kapitals zu sichern. Freier Welthandel, feste Wechselkurse und Gleichbehandlung der Handelspartner - über diese Eckpunkte der neuen Ordnung herrschte bald Einigkeit unter den großen Handelsnationen. Allerdings blieben die Mechanismen, wie beispielsweise Zahlungsbilanzdefizite abzubauen wären, lange Zeit strittig.

Die Amerikaner bestimmen den Kurs. Oder: Allein die Schuldner tragen die Anpassungslasten

Nach den Vorstellungen des britischen Wirtschaftswissenschaftlers und späteren Verhandlungsführers John M. Keynes sollten Ungleichgewichte in nationalen Zahlungsbilanzen von einer Zentralstelle ausgeglichen werden. Dazu sollte ein neu zu schaffendes internationales Buchgeld - „Bancor" genannt - ge-

Das Executive Board des International Monetary Fund, Washington, D.C. (19. April 1999)

schaffen werden, in das Überschüsse und Defizite umgerechnet würden. Mit den „Bancor"-Guthaben der Überschussländer könnten dann die Zahlungsbilanzdefizite finanziert werden. Die Schulden einzelner Länder wären Keynes zufolge durch so genannte Länderquoten begrenzt. Aber auch die Gläubiger würden nach den Plänen des Briten in die Pflicht genommen und zwar, indem sie progressiv steigende Abgaben zur Schaffung des „Bancor" zu entrichten hätten.

In den USA, die sich in Zukunft als Land mit hohen Zahlungsbilanzüberschüssen sahen, stieß der Plan auf wenig Gegenliebe. Der US-amerikanische Gegenvorschlag bürdete allein den Schuldnerländern die Anpassungslasten auf. Der nach dem amerikanischen Delegationsleiter Harry Dexter White genannte Whiteplan sah zwar auch Kredite zum Zahlungsbilanzausgleich für Schuldnerländer vor. Gleichzeitig wollte er dem neu zu schaffenden internationalen Fonds, der von den Mitgliedsländern nach einem Quotensystem finanziert werden sollte, Instrumente an die Hand geben, um das Defizitland zur Zahlungsdisziplin zu zwingen.

Die Briten konnten sich in Bretton Woods mit ihren Vorstellungen nicht durchsetzen. Die USA, die das Britische Empire als führende Wirtschaftsmacht der Welt längst abgelöst hatten, setzten sich in fast allen Punkten durch. Der US-$ - schon damals wurden fast alle Handelsgeschäfte in Dollar abgewickelt - wurde zur Leitwährung der Welt und verschaffte der US-Regierung die Möglichkeit, „Greenbacks" in unbegrenzter Menge zu drucken.

IWF und Weltbank: Das harte und das weiche Monster

Die Konferenz von Bretton-Woods endet mit einem Abkommen über ein Weltwirtschafts- und -finanzsystem, das voll und ganz auf die amerikanischen Interessen und Wünsche zugeschnitten war. Die Vorstellungen der übrigen 43 Teilnehmernationen, einschließlich der Sowjetunion, blieben fast unberücksichtigt. Die Sowjetunion trat dem Abkommen daher nicht bei. Auch die spezifischen Interessen der Entwicklungsländer blieben außen vor, zumal der Großteil der heute als Entwicklungsländer bezeichneten Staaten damals noch Kolonien waren und die Mehrheit der Weltbevölkerung von den Verhandlungen ausgeschlossen war.

China und Indien, die britische Kronkolonie, waren in Bretton Woods zwar vertreten, fanden mit ihren Anliegen jedoch kein Gehör. Indiens Antrag, den Passus, der Fonds solle „ökonomisch unterentwickelte Länder bei der besseren Nutzung ihrer Ressourcen unterstützen", wurde in den Zielkatalog nicht aufgenommen. Das Argument: Der IWF sei eine Organisation mit währungspolitischen Funktionen.

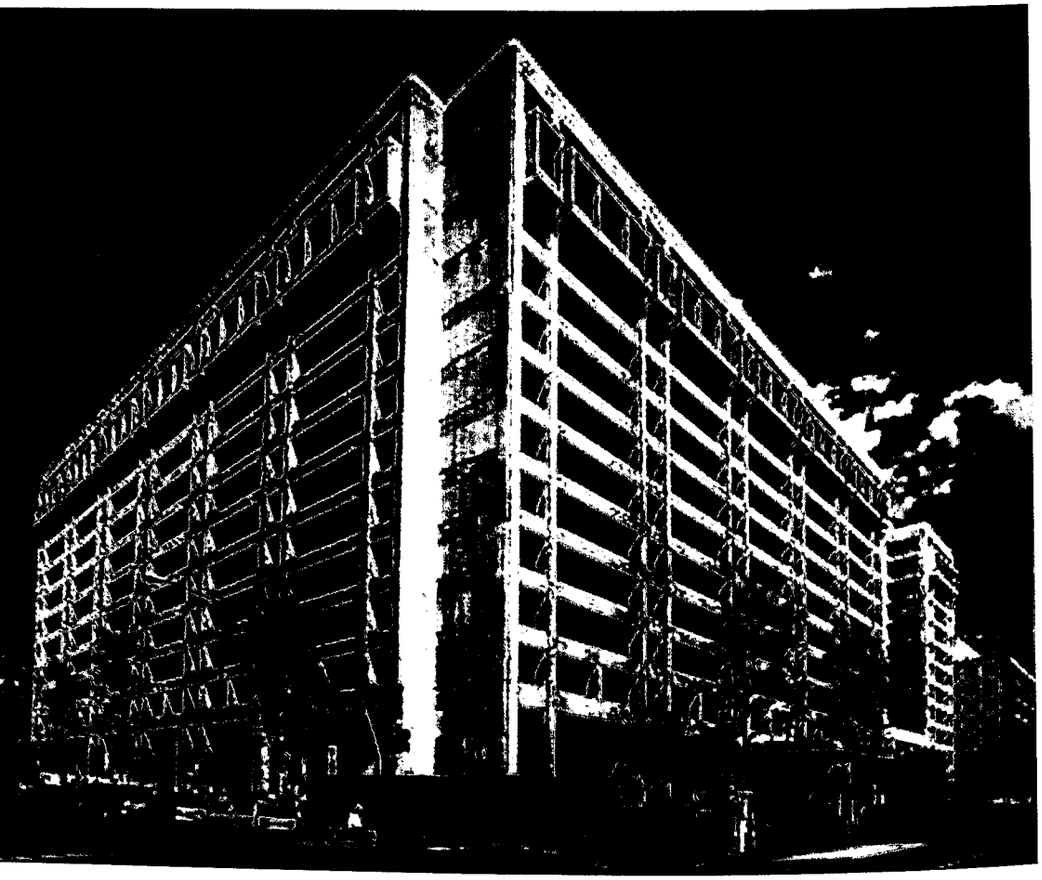
Neben dem IWF, zuständig für kurzfristige Zahlungsbilanzhilfe, wurde komplementär die Weltbank,

zuständig für langfristige projektgebundene Entwicklungskredite, ins Leben gerufen. Dabei wurden Neulinge, unabhängig gewordene Kolonien beispielsweise, quasi automatisch in die kapitalistische Wirtschaftsordnung integriert, indem die Reihenfolge, in der sie dem Abkommen beitreten könnten, klar festgelegt war. Denn: Ohne IWF-Mitgliedschaft keine Mitgliedschaft in der Weltbank, ohne Einhaltung der IWF-Regeln keine Entwicklungskredite der Weltbank.

Der IWF: Vom Währungshüter zum Finanzpolizisten

Und im IWF war und ist die Vorherrschaft und Machtposition der Industrieländer, vor allem der USA, durch nichts zu gefährden. Ein Quotensystem, anders als etwa bei UN-Organisationen, bei denen das Prinzip ein Land - eine Stimme gilt, sichert den G7-Ländern und den übrigen Mitgliedsländern der Europäischen Union eine Quote von über 56 Prozent. Allein die USA verfügen über 17,8 Prozent der Stimmrechte. Nach wie vor können die US-Amerikaner damit jede Veränderung der Quoten - 85% der Stimmen sind dafür erforderlich - blockieren.

Die Entwicklungsländer, die längst die große Mehrheit der Fonds-Mitglieder stellen, haben kaum eine Bedeutung im IWF. Denn: Die so genannten Quoten, nach denen sich Einzahlungsverpflichtungen, Kreditmöglichkeiten und Stimmrechte bemessen, werden auf Grundlage des Volkseinkommens, der Reserven an Gold und Devisen, des Außenhandels sowie der Exportabhängigkeit eines Landes berechnet. Die Quoten spiegeln somit die wirtschaftliche Vormachtstellung der Industrieländer wider und zementieren sie gleichsam.



Hauptzentrale des International Monetary Fund in Washington, D.C.

Im obersten Organ des Fonds, im Gouverneursrat und im Exekutivdirektorium, der die laufende Geschäftsführung inne hat, wird die ungleiche Stimmenverteilung wirksam. Auf formelle Abstimmungen oder gar Kampfabstimmungen wird daher im Exekutivdirektorium, das mit 24 Direktoren besetzt ist, in der Regel verzichtet. Dies ist nun keineswegs Ausdruck einer grundlegenden allgemeinen Übereinstimmung, sondern vielmehr Einsicht in die Gegebenheiten. Es will sich schließlich keines der Entwicklungsländer unvermeidliche Niederlagen einhandeln und das Gesicht verlieren.

Konditionalität oder: Mit den Krediten steigen die Auflagen

Basis und Hauptaufgabe des IWF war, so die Idee von Bretton Woods, mit Überbrückungskrediten den Mitgliedsländern bei kurzfristigen Finanzproblemen zu helfen, um eine Beeinträchtigung des Handels- und Finanzverkehrs zu verhindern. Dafür wurde jedem Land entsprechend seiner Quote ein so genannter Ziehungsspielraum eingeräumt. 25 Prozent dieser Quote müssen vom betreffenden Land bei Aufnahme in den IWF eingezahlt werden und zählen weiterhin zu den Devisenreserven des Landes. Diese sogenannte Gold- oder Reservetranche kann bei Zahlungsbilanzproblemen auflagenfrei in Anspruch genommen werden. Grundsätzlich können dann vier weitere 25-Prozent-Tranchen „gezogen" werden. Mit jedem neuen Kredit aber zieht der IWF die Daumenschrauben an und verschreibt immer detailliertere Auflagen. In einer Absichtserklärung müssen sich die Kreditnehmer zu weitreichenden wirtschaftspolitischen Änderungen verpflichten.

Über dieses Bereitschaftskreditabkommen hinaus hat der Fonds zusätzliche, besondere „Finanzierungsfenster", so genannte Fazilitäten wie die Experten sagen, eingerichtet. Rohstoff exportierende Länder beispielsweise nehmen eine kompensatorische Finanzierungsfazilität in Anspruch, wenn sie aufgrund eines Preisverfalls ihres Hauptexportproduktes in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Und während der Ölkrise in den 70-er Jahren wurde eine Ölfazilität für besonders hart von den Ölverteuerungen betroffene Staaten geschaffen. Schließlich können auch Kredite aus so genannten Sonderziehungsrechten (SZR) beantragt werden. Der Wert eines SZR errechnet sich aus dem Wert eines „Währungskorbes", der die fünf wichtigsten westlichen Währungen, den US-$, die DM, das britische Pfund, den französischen Franc und den japanischen Yen, enthält.

Der IWF: Profiteur der Verschuldungskrise

Noch Ende der 70-er Jahre hatte der IWF längst nicht soviel Macht und Bedeutung wie heute. „Erst die Verschuldungskrise der 80-er Jahre in der Dritten Welt", schreibt Rainer Tetzlaff in seinem Buch *Weltbank und Währungsfonds - Gestalter der Bretton-Woods-Ära*, „hat den IWF paradoxerweise zu dem werden lassen, was er heute ist: zu einem internationalen Kooperations- und Beraterregime zur Behebung der Überschuldungsprobleme durch Strukturanpassungsprogramme (...) Aus der Perspektive der hochverschuldeten Staaten der Dritten Welt ist der IWF (...) ein gnadenloser Interessenverteter der imperialistischen Gläubigerstaaten, der mit Zuckerbrot und Peitsche die abhängigen Länder zur marktwirtschaftlichen Räson zu bringen versucht". ●

Strukturanpassungsprogramme:

Entwicklungsländer auf westlichen Kurs trimmen

Schuldenländer: Die Kritik an den SAP's ist fast verstummt

Harmlose 18 Milliarden US-$ Schulden hatten die Länder der Dritten Welt 1960 angehäuft, 1970 schlugen 75 Milliarden US-$ zu Buche und 1973 bereits 112 Milliarden US-$. Seit der Ölkrise beschleunigte sich die Verschuldung dann weiter erheblich und 1980 erreichte der Schuldenstand der Dritten Welt dann bereits 607 Milliarden US-$. Als Mexiko und Brasilien sich dann 1982 für zahlungsunfähig erklärten und die Welt am Rande des finanziellen Ruins stand, wurde eine grundsätzliche Wendung im Nord-Süd-Verhältnis eingeleitet.

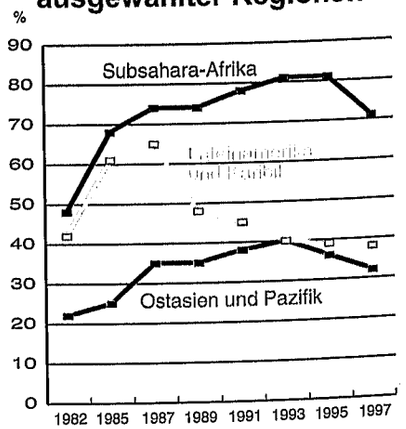
Mit dem Amtsantritt von Ronald Reagan in den USA und Magret Thatcher in Großbritannien begann dann in der westlichen Wirtschaftspolitik ein neuer Wind zu wehen. Beide setzten auf die Kräfte des Marktes. „Strukturwandel" lautete nunmehr die Devise, mit der die Schuldnerländer auf westlichen Kurs gebracht werden sollten. Die Forderungen der Entwicklungsländer nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung mit einer Stabilisierung der Rohstoffpreise, Kontrolle der Multis und einer Umverteilung zugunsten des Südens hatten angesichts der Mehrheitsverhältnisse in den Entscheidungsgremien des IWF keine Chance. Es galt einzig und allein die Devise, die Fähigkeit des Südens wiederherzustellen, die Schulden an die internationalen Banken zurückzuzahlen. So hob die Weltbank eine neue Kreditart aus der Taufe: Strukturanpassungskredite. Formal sind diese Kredite nicht an ein entsprechendes Abkommen mit dem IWF gebunden, de facto aber gilt: Ohne vorheriges Übereinkommen („Letter of Intent") mit dem IWF gibt es keine Weltbank-Kredite. So verweigerte die Weltbank beispielsweise Tansania 1981/82, Mauritius 1982 und Peru 1984 Darlehen, weil sie sich vorher nicht mit dem Fonds hatten einigen können. Ohne „Gütesiegel" des IWF gibt es weder Umschuldungen noch Schuldenerleichterungen und schon gar keine neuen Kredite von Privatbanken.

Diesem „Nötigungsmechanismus", wie ihn Rainer Tetzlaff nennt, haben sich die Entwicklungsländer lange Zeit zu entziehen versucht. Bis Ende 1983 hatten erst 15 Länder diese neue Kreditart in Anspruch genommen. Besonders Burkina Faso unter Präsident Thomas Sankara, Tansania unter Julius Nyerere, das sandinistische Nicaragua und Titos Jugoslawien, aber auch China, Vietnam, Peru, Ghana und Guinea, Ägypten, Chile, Guinea-Bissau, Algerien, Zimbabwe und Äthiopien führen einen Kurs gegen die IWF-/Weltbank-Politik. Sie alle beschritten in den 70-er und 80-er Jahren einen „dritten", von den beiden Machtblöcken unabhängigen Weg. Nyerere etwa beugte sich dem Diktat der Bretton-Woods-Zwillinge nicht und zog es vor, als Staatspräsident zurückzutreten.

Die Nötigungspolitik kann ungehindert umgesetzt werden

Davon ist heute kaum etwas geblieben. Besonders seit dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes bröckelte die Front gegen die Nötigungspolitik aus Washington immer mehr. Heute sind auch die größten Kritiker längst Kunden und Bittsteller der Bretton-Woods-Institutionen. Kaum ein Land begehrt heute gegen die Auflagen auf, die allen Staaten fast nach demselben Muster auferlegt werden und fünf grundlegende Politikkorrekturen beinhalten:

Verschuldungsquote ausgewählter Regionen



Quelle: Weltbank, GDF 1998

- Nachfragedrosselung und Kürzungen der Staatsausgaben
- Abwertung der nationalen Währungen
- Abbau von Handelsbeschränkungen und verbesserter Exportanreiz
- Deregulierung von Märkten und Preisen, oft gleichbedeutend mit dem Subventionsabbau von Grundbedarfsartikeln für die Armen
- Privatisierung und institutionelle Reformen in der staatlichen Verwaltung und den Staatsbetrieben, was häufig erhebliche Entlassungen zur Folge hat.

Grundsätzlich wird von den Strukturanpassungs-Befürwortern die Meinung vertreten, dass bei dauernder übermäßiger Verschuldung gespart werden müsse. Sicherlich ist es richtig, dass auch ein Land nicht lange Zeit „über seine Verhältnisse leben" kann. Aber besonders in Schwarzafrika, einigen Ländern Hinterindiens und Lateinamerika zeigt sich, dass die von den Bretton-Woods-Institutionen auferlegte Medizin nicht zu den gewünschten Zielen führt. Vielmehr fallen diese Länder immer weiter zurück. Zwar wurden die kurzfristigen Zahlungsbilanzprobleme und die Budgetdefizite verringert und teilweise auch die Inflationsraten gesenkt, die sozialen und ökologischen Folgen der Anpassungsprogramme waren und sind allerdings oftmals verheerend.

Afrika: Alarmierende Berichte über die Auswirkungen der SAP's auf die Ärmsten der Armen

Ghanas wirtschaftlicher Niedergang erreichte 1983 seinen Tiefpunkt. Seit Beginn der 70-er Jahre war das Bruttoinlandsprodukt um fast ein Drittel, die Exporte zur Hälfte und die Löhne um fast 80 Prozent gesunken. Vor diesem Hintergrund beschlossen Ghana und der IWF ein Strukturanpassungsprogramm, das zunächst bis 1987 angelegt war und ein Volumen von 817 Millionen US-$ umfasste.

Seit nunmehr über 15 Jahren befolgt das westafrikanische Land die IWF-Auflagen penibel und galt lange Zeit als Musterknabe mit jährlichen Wachstumsraten von vier bis fünf Prozent. Die Agrarproduktion vervielfachte sich, die Exporte, besonders tropische Hölzer, steigen ... Nach reinen Wirtschaftsdaten betrachtet, ist das Programm ein voller Erfolg.

Nur, was haben die „Normal"-Ghanaer bis jetzt davon gehabt? Im Grunde genommen hat das Anpassungsprogramm den Menschen nur Verschlechterungen gebracht. Es gab Massenentlassungen, die Zahl der subventionierten Grundversorgungsmittel wurde von 23 auf 8 reduziert, die Bildungsausgaben wurden gekürzt, im Gesundheitswesen muss vor der Behandlung gezahlt werden und das durchschnittliche Jahreseinkommen beträgt seit 15 Jahren unverändert rund 400 US-$. Die ländliche Armut verzeichnete einen rasanten Anstieg und kletterte von 1980 bis 1990 von 37 auf 54 Prozent.

„Wachstum ohne Entwicklung" geißelt die Opposition die Auswirkungen des Programms. Und die Weltbank hat berechnet, dass es noch 20 Jahre dauern wird, bis der „Durchschnitts-Ghanaer" endlich die Armut hinter sich lassen werde. Voraussetzung dafür ist, dass das Wirtschaftswachstum weiter auf jetzigem Niveau anhält.

Spätestens Anfang der 90-er Jahre wurde das ganze Ausmaß der verfehlten IWF- und Weltbank-Politik sichtbar. Zahlreiche Fallstudien belegen das erschreckende Absinken der Dienstleistungen in den Bereichen Bildung und Gesundheit für die ärmsten Bevölkerungsschichten der ärmsten Länder, vor allem in Afrika. Einer UNCTAD-Studie zufolge sank der Mit-

telwert der Staatsausgaben für Bildung von 3,3 Prozent in den Jahren 1981-1986 auf 2,6 Prozent für den Zeitraum 1987-1990.

Schon Ende der 80-er Jahre verurteilten UNICEF und andere Organisationen die Anpassungsprogramme auf das Schärfste, wobei UNICEF besonders auf die sich ständig verschlimmernde Situation der afrikani-

schen Kinder hinwies. Zu ähnlichen Ergebnissen kam 1993 eine Untersuchung der britischen Hilfsorganisation Oxfam. Dem Bericht zufolge haben sich beispielsweise die Verbraucherpreise in Sambia innerhalb von nur acht Monaten verdoppelt und sich die Zahl der unterernährten Kinder von fünf auf 20 pro 100 erhöht. Nach Ansicht von Oxfam war die Anpassungspolitik der Bank dafür verantwortlich, dass viele Länder des Kontinents 1990 pro Kopf weniger für das Gesundheitswesen ausgaben als in den 70-er Jahren.

Der *Least Developed Countries Report* von 1995 urteilt: „Es ist ein schwerwiegender Fehler in der Anlage der Strukturanpassungsprogramme, dass die Budgets für Gesundheit und Erziehung nicht von der allgemeinen Sparpolitik ausgenommen werden. Kürzungen dieser Art wirken sich unausweichlich negativ auf die soziale Lage aus, und das wiederum hat Folgen für die wirtschaftliche Produktivität menschlicher Ressourcen."

Lateinamerika: Die 80er Jahre - das verlorene Jahrzehnt

Seit 1982 hatte die Region einen finanziellen Aderlass für die folgende Dekade zu verzeichnen, der von Experten mit weit über 200 Milliarden US-$ geschätzt wird. Bis Ende 1990 summierte sich der Nettoressourcentransfer (NRT) - Geldzuflüsse wie Kredite, Direktinvestitionen und Finanzierungszuschüsse minus Abflüsse wie Zinszahlungen und Gewinnüberweisungen - auf 163 Milliarden US-$. Hinzu kamen eine nicht näher bezifferbare illegale Kapitalflucht.

Die mit den Krediten verordneten SAP's verlangsamten das Wirtschaftswachstum zudem deutlich, so dass bei einem Bevölkerungswachstum von etwa 2,1 Prozent das Pro-Kopf-Einkommen unter das Niveau von 1980 sank. Während der *década perdida*, während des verlorenen Jahrzehnts verschlechterte sich die Situation der öffentlichen Haushalte vieler Länder zusehends und die Schere zwischen Arm und Reich öffnete sich immer weiter.

Lange Zeit propagierte die Weltbank, dass bei Wirtschaftswachstum als Folge gelungener Strukturanpassung letztlich auch die Masse der Bevölkerung profitieren würde. Vom „trickle-down"-Effekt, vom Durchsicker-Effekt sprachen die Experten, der auch die Armen erreichen werde. Eingehende Untersuchungen belegen aber, dass das Gegenteil eintrat. In Chile beispielsweise, dem Erfolgsmodell wirtschaftlicher Strukturanpassung, stieg die Armut von 17 Prozent (1970) auf über 38 Prozent der chilenischen Haushalte an und pendelt heute um rund 35 Prozent. In Argentinien, in Costa Rica, Guatemala, Peru, Venezuela, Brasilien - praktisch in allen lateinamerikanischen Ländern, in denen Strukturanpassungsprogramme durchgeführt wurden, stieg die Armut erheblich an.

Nach Untersuchungen der Wirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen für Lateinamerika (CEPAL) erhöhte sich die Zahl der in Armut lebenden Menschen vor allem in den Metropolen und urbanen Zentren, während die Anzahl in den ländlichen Gebieten konstant blieb. In den 80-er Jahren trat „damit ein signifikanter Strukturwechsel des Phänomens Armut" gegenüber den 70-er Jahren ein, dessen Ursachen vor allem im starken Verstädterungsprozess gesehen wurde. Vor allem in den rasch wachsenden Slums steigt das soziale Konfliktpotenzial.

Die Bewohner der Elendsviertel haben kaum Chancen auf Eintritt in den Arbeitsmarkt. Die modernen produktiven Wirtschaftsbereiche sind nicht in der Lage, das nachwachsende Heer an Arbeitssuchenden aufzunehmen. Ihnen bleibt nur der Versuch, als Zigaretten- oder Lebensmittelhändler, als Schuhputzer oder sonstiger kleiner Dienstleister zu überleben. Aber in vielen lateinamerikanischen Städten ist auch der sogenannte informelle Bereich bereits gesättigt und besonders alleinerziehende Mütter sowie alte und kranke Menschen haben es oft mehr als schwer.

Die Asienkrise: Was kommt nach der „Großen Depression"?

Die Schlagzeilen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Südostasien sind heute längst nicht mehr so düster wie noch vor einem Jahr. Die Wachstumsprognosen liegen inzwischen im moderaten Plusbereich - und doch, so liest man in den Wirtschaftsgazetten, könne auch wieder alles ganz anders kommen. Die massive Wirtschaftskrise in Südostasien, die die Weltwirtschaft 1997/98 an den Rand des Kollapses brachte, ist noch längst nicht vergessen und überwunden. Und die sozialen, gesellschaftlichen und politischen Folgen sind noch nicht überschaubar wie besonders das Beispiel Indonesien deutlich macht.

Möglicherweise hat die Marktteilnehmer am meisten erschüttert, dass sie die Krise nicht prognostiziert haben. Vor allem der Internationale Währungsfonds hat eine unrühmliche Rolle gespielt. Er habe die Krise nicht vorausgesehen, die falschen Maßnahmen verordnet und die große wirtschaftliche Not nicht verhindert, stellt Heribert Dieter in seinen Buch *Die Asienkrise. Ursachen, Konsequenzen und die Rolle des Internationalen Währungsfonds* fest. Es schien, als glaubte damals jeder, die extrem lange Aufschwungsphase mit häufig zweistelligen Wachstumsraten, werde nie zu Ende gehen. Noch im April 1997 bescheinigten IWF-Direktoren beispielsweise Südkorea eine beeindruckende gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Wenige Monate später, am 21. November 1997 bat Koreas Regierung den IWF um Hilfe als der koreanische Won auf ein Rekordtief gefallen war.

Ausgelöst wurde die Krise in Südostasien durch Währungspekulationen gegen den thailändischen Baht. Er wurde innerhalb eines Jahres, von Juni 1997 bis Juni 1998, um fast 40 Prozent gegenüber dem US-$ abgewertet. Und mit dem Baht kamen auch die Währungen von Indonesien, Malaysia, den Philippinen und Südkorea unter Druck. Die indonesische Rupie verlor im selben Zeitraum wie der Baht gegenüber dem US-$ fast 85 Prozent an Wert und die Währungen Malaysias und der Philippinen wurden um über 35 Prozent abgewertet.

Unhaltbare Handels- und Haushaltsdefizite, unsolide wirtschaftende Banken, ein spekulativer Immobilienboom, Fehler in der Wechselkurspolitik, Korruption, mangelnde Infrastruktur - Erklärungen für die ‚selbstverschuldete' Krise, wie man im Westen meinte, hatte man schnell parat. Übersehen wurde dabei gern, dass auch externe Faktoren eine wichtige Rolle spielten. Für Heribert Dieter hat „die Kombination von liberalisierten Finanzmärkten in Verbindung mit einer florierenden Wirtschaft ... zu einer gefährlichen Kombination geführt." Denn: Nicht die Höhe der Verschuldung, die sich nach Weltbank-Kriterien in einem vertretbaren Rahmen hielt, sondern die immer kürzeren Laufzeiten der Kredite mit denen sich vor allem Unternehmen der Region eindeckten, haben die Voraussetzungen für die Krise geschaffen.

Als dann zunächst der Baht und schließlich in seinem Schlepptau fast alle übrigen südostasiatischen Währungen abgewertet wurden, gerieten die verschuldeten Privatunternehmen und Banken in die Krise. Hinzu kam, dass in Südostasien die öffentliche Nachfrage zusammenbrach, massiv ausländische Gelder abgezogen und Investitionen zurückgestellt wurden.

So schaukelte sich die Krise hoch und rief schließlich den IWF auf den Plan. Er stellte nicht nur umfangreiche Kredite bereit, sondern war wie so oft Wegbereiter für Kredite anderer privater sowie öffentlicher Geber. Und wie immer zuvor wurden die Kredite für Thailand, Indonesien und Südkorea mit Auflagen versehen. „Sie wurden zur Akzeptierung der Programme gezwungen," schreibt Heribert Dieter, „man kann dies als schlechten Stil bezeichnen. Es ist aber nicht völlig unverständlich, dass das Vorgehen des IWF in den Krisenländern als neokolonialistisch verstanden wird".

Nach Ansicht von Heribert Dieter haben die IWF-Auflagen, die vor allem die Verringerung staatlicher Ausgaben, Restrukturierung des Finanzsektors und verstärkte Privatisierungen vorsehen, die Krise sogar noch verschärft. In Indonesien habe die angeordnete Schließung von 16 Banken zu einer Panik geführt, weil die Sparer glaubten, es würden noch wesentlich mehr Geldinstitute geschlossen werden. Der Ansturm auf die Banken und die Kürzung staatlicher

Ausgaben für Infrastrukturprojekte führte auch dazu, dass das ohnehin angeschlagene, fragwürdige Suharto-Regime noch mehr in Bedrängnis geriet und die ethnischen Differenzen wieder virulent wurden. Auch als der ehemalige Vize-Präsident Habibie dann das Ruder übernahm, beruhigte sich die Situation nicht, und das Land ist bis heute nicht zur Ruhe gekommen.

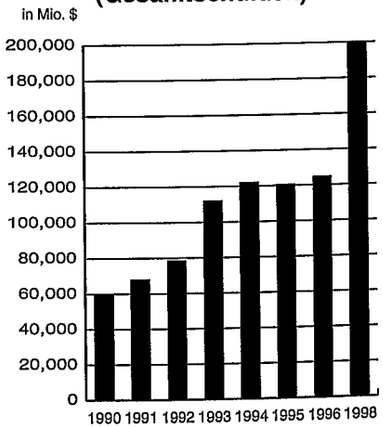
Erstmals wurde in den Maßnahmenpaketen mit Thailand, Indonesien und Südkorea die „Verbesserung der sozialen Sicherung" festgeschrieben. Für die meisten Branchenkenner stellt dies allerdings nur den Versuch dar, die IWF-Aktivitäten in den Geberländern zu legitimieren. Denn: Die Lebensbedingungen der rund 300 Millionen Einwohner der drei Länder, die sich im Laufe der Krise teilweise massiv verschlechterten, nahm die Washingtoner Institution kaum wahr. Die Kreditvereinbarungen, die zu höheren Zinsen, höheren Steuern und öffentlichen Ausgabenkürzungen führten, würgten die wirtschaftliche Entwicklung ab und führten zu mehr Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und Verelendung. Wichtige Infrastrukturprojekte, wie etwa die Entlastung der von Dauerstaus geplagten thailändischen Hauptstadt Bangkok durch eine U-Bahn, wurden auf Eis gelegt. Grundsätzlich war und ist der IWF nur daran interessiert, den privaten Schuldnern der Länder zu ermöglichen ihren Schuldendienst weiter zu leisten.

Heribert Dieter meint, dass sich der IWF in Südostasien „als wenig getarntes Vehikel zur Durchsetzung US-amerikanischer Interessen gezeigt hat. Damit hat der IWF aber sowohl den USA als auch der EU langfristig eher geschadet: Die betroffenen Länder wurden in einer Weise behandelt, die mit dem Ideal einer westlichen Demokratie und der damit verbundenen partnerschaftlich geprägten internationalen Zusammenarbeit wenig zu tun hatten."

Russland: Ein Fass ohne Boden?

„Von den 2000 Banken in Russland des Jahres 1995 gelten 400 Banken als von kriminellen Gruppierungen kontrolliert," schreibt Petra Bonavista in ihrem Buch *Rußland im Griff der Mafia*. „In einem CIA-Report gestehen zehn größere Bankhäuser, dass sie vom organisierten Verbrechen kontrolliert werden." Die Autorin weist insbesondere immer wieder auf die

Entwicklung der russischen Schulden (Gesamtschulden)



Quelle: Weltbank, GDF 1998, Frankfurter Rundschau

enge Verbundenheit der Banken und Industriegiganten mit den staatlichen Strukturen hin. Oft sind dort die alten Parteikader weiterhin unter sich.

Ganz selten einmal wird bruchstückhaft bekannt, auf welchen Wegen einige Millionen US-$ der alljährlich nach Schätzungen zwischen 8 und 22 Milliarden US-$ Russland illegal verlassen. Die dunklen Kanäle der mafiotischen Strukturen sind fast undurchdringlich. Paradox ist jedoch der Zusammenhang zwischen ausländischer Kredithilfe und inländischer Kapitalflucht. Allerdings griff der IWF den labilen russischen Regierungen immer wieder mit Krediten unter die Arme, die entgegen sonstigen Gepflogenheiten

direkt in den Staatshaushalt einfließen. Mit diesem Vertrauensvorschuss sollte, so die offizielle Argumentation, der russischen Administration möglichst freie Hand auf der Ausgabenseite gegeben werden.

Der Transformationsprozess: IWF und Weltbank sind schlecht gerüstet

Seit dem Zusammenbruch der ehemaligen Sowjetunion befindet sich Russland in einem komplizierten, von labilen Regierungen getragenen Transformationsprozess. Und der Umbau von einer zentralistischen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft hat sich als schmerzhafter Prozess erwiesen, dessen Kosten und Anpassungsschwierigkeiten vom IWF und der Weltbank völlig unterschätzt wurden; zumal die russische Regierung die Reformen nur zögerlich in Gang setzte und der Schuldenberg immer weiter anstieg. 1996 stand das Land schließlich mit rund 125 Milliarden US-$ bei ausländischen Gläubigern in der Kreide.

So zog der IWF schließlich die Notbremse und verweigerte mehrfach Tranchen eines 1996 bewilligten Kredites in Höhe von 10 Milliarden US-$ und zwar insbesondere wegen zu geringer Steuereinnahmen. Allerdings stiegen die Zinsen rasant, so dass der Schuldendienst an den Ausgaben am föderalen Haushalt von über 12 (1. Halbjahr 1997) auf fast 36 Prozent (1. Halbjahr 1998) anstieg. Der IWF gewährte aus diesem Grund im Juli 1998 einen neuen Kredit in Höhe von elf Milliarden US-$, dessen erste Tranche aber wegen mangelnder parlamentarischer Unterstützung des Stabilisierungsprogramms von 5,6 auf 4,8 Milliarden US-$ gekürzt wurde.

Die Finanzkrise kam nun erst richtig in Fahrt. Der Rubel wurde gegenüber dem US-$ um über 70 Prozent abgewertet, die Kapitalflucht nahm enorme Ausmaße an, viele Banken gerieten in Schieflage, die Auslandsverbindlichkeiten wurden nicht mehr bedient und ein 90-tägiges Moratorium beschlossen. Das Land stand vor dem Kollaps. Und wieder musste ein internationales Gläubigergremium unter Federführung des IWF einspringen, damit in Russland nicht das Chaos ausbrach. Mit einem langfristigen Umschuldungsprogramm und 22 Milliarden US-$ aus neuen Krediten konnte das Schlimmste verhindert werden.

Russland: Verschlechtert sich das Verhältnis zum Westen?

Ob damit die Heilung des Patienten eingeleitet worden ist? Die meisten Kenner der Szene bezweifeln dies, denn nach wie vor bleiben die Steuereinnahmen deutlich hinter den Planungen zurück, nach wie vor schuldet der Staat Renten und Löhne und der neu entflammte Tschetschenien-Krieg verschlingt täglich Millionenbeträge. Angesichts mangelnder Erfolge des vom IWF mitgestalteten Transformationsprozesses glauben in Russland immer mehr Menschen, dass der Westen Russland in ein Dritte-Welt-Land verwandeln wolle. „Die Massenmedien beschreiben bzw. prophezeien Russlands Verwandlung in eine Bananenrepublik," schreibt Marat Ceskov in *Wird Rußland zu einem Entwicklungsland? Eine Einführung in die russische Kontroverse*, „seine Deindustrialisierung, Kolonisation und als Resultat dessen eine nationale Katastrophe." ●

Weltbankprojekte: Die Verlierer sind die Armen und die Umwelt

Eisenerzabbau im brasilianischen Amazonasgebiet

Mit knapp 10.000 Mitarbeitern ist die Weltbank die mit weitem Abstand größte der internationalen Entwicklungsbanken, zu denen u. a. die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) und die Asiatische Entwicklungsbank (ADB). Die Weltbankgruppe selbst umfasst vier selbständige multilaterale Finanzinstitutionen, und zwar die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD, Kreditauszahlungen 1997/98 19,8 Mrd. US-$) und die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA, Kreditauszahlungen 1997/98 5,6 Mrd. US-$) sowie die beiden IBRD-Ableger, die Internationale Finanz-Corporation (IFC) und die Multilaterale Investitionsagentur (MIGA). Die 1957 gegründete IFC arbeitet eng mit Privatinvestoren zusammen und investiert in kommerzielle Unternehmen in Entwicklungsländern, während die MIGA ausländische Investoren in Entwicklungsländern gegen nichtkommerzielle Risiken versichert.

IBRD und MIGA: Die westlichen Industrieländer haben das Sagen

Nur wer IWF-Mitglied ist, kann auch Mitglied der beiden Weltbankableger werden, so dass IBRD und MIGA heute den Regierungen von 181 Staaten gehören. Über das laufende Geschäft der Bank entscheiden 24 Exekutivdirektoren, die für 2 Jahre gewählt werden und die ihrerseits die Präsidenten der Weltbank - stets ein US-Amerikaner - und vom IWF - stets ein Europäer - wählen. Die IBRD finanziert ihre Kredite vorrangig über Darlehen auf den internationalen Kapitalmärkten und vergibt sie mit marktorientierten Zinsen, die alle 6 Monate der Zinsentwicklung angepasst werden, an reichere Entwicklungsländer, osteuropäische Staaten und ärmere Länder mit hohen Exportquoten. Voraussetzung für die Vergabe von IBRD-Krediten mit einer Laufzeit von normalerweise 15 Jahren ist, dass die Empfängerländer einer so genannten „Länder-Unterstützungs-Strategie" (Country Assistance Strategy/CAS) wie die Experten sagen, mit verbindlichen Empfehlungen zur Politik und den nach Ansicht der Bank erforderlichen Investitionen, nachkommen.

Die 1960 gegründete IDA, die eng mit der IBRD verflochten ist, versorgt vorrangig ärmere Entwicklungsländer. Ihre Mittel stammen größtenteils aus Einzahlungen der finanzkräftigeren Länder, also aus Steuermitteln, und Gewinnen der IBRD. Rund 70 Staaten, die weniger als 925 US-$ jährliches Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung aufweisen, erhalten derzeit IDA-Kredite.

Brasilien: Mit „tollkühnen" Projekten ins Verderben?

„Zwar wird die sogenannte ‚Inwertsetzung' Amazoniens von den lateinamerikanischen Staaten betrieben", schreiben Dieter Gawora und Claudio Moser im Vorwort der Misereor-Broschüre *Amazonien. Die Zerstörung, die Hoffnung, unsere Verantwortung*, „entscheidend für das Ausmaß der über Amazonien hereinbrechenden Zerstörung ist jedoch die Dynamik dieser Verwertung, die außerhalb Amazoniens ihren Lauf nimmt. Sie basiert auf Markt- und Zinsmechanismen, auf Produktionsmodellen und Konsumgewohnheiten, die von außen auf Amazonien einwirken und von denen Menschen außerhalb Amazoniens profitieren".

Mit Vokabeln wie „pharaonisch" und „gigantomanisch" wurde in Brasilien das gewaltige Grande Carajás-Projekt belegt. Auf der Basis der gewaltigen Bodenschätze im Osten des brasilianischen Amazonasgebietes wollte man nach Planungen von 1974 ein brasilianisches Ruhrgebiet schaffen. Auf unvorstellbaren 900.000 Quadratkilometern, gut zweieinhalbmal soviel wie die Fläche der heutigen Bundesrepublik Deutschland, sollte das größte Eisenerzlager der Welt abgebaut und die bedeutenden Mangan-, Kupfer-, Nickel-, Bauxit-, Niob- und Zinnvorkommen genutzt werden.

Die ursprünglichen Planungen sahen ein Investitionsvolumen von fast 62 Milliarden US-$ vor. Davon sollten die Eisenerzmine mit der 890 Kilometer langen Eisenbahnlinie von der Serra dos Carajás bis zu den neu zu schaffenden Tiefseehäfen am Atlantik, die Hochöfen, der Bau des Staudammes von Tucurui für die Elektrizitätsversorgung des neuen Industriegebietes, der Abbau von Bauxitvorkommen und deren Verhüttung, Maschinenbaubetriebe und Kunstdüngerfabriken, Zementwerke, große Viehfarmen, Besiedlungsprogramme und vieles mehr bezahlt werden. Innerhalb von 20 Jahren werde das gigantische Projekt abgewickelt sein und Gewinne abwerfen, lautete 1981 die euphorische Prognose. Mit der „Mobilisierung der Reichtümer" Brasiliens wollte die damalige Militärregierung endlich den Anschluss an die Industrienationen schaffen und in den Kreis der Großen aufgenommen werden.

Allein zur Anschubfinanzierung für das Kernstück des Vorhabens Grande Carajás, die Eisenerzmine mit der Bahnlinie und den neuen Atlantikhäfen, mussten rund 1,8 Milliarden US-$ an Krediten im Ausland aufgenommen werden. Unter der Federführung der Weltbank, die selbst über 300 Millionen US-$ beisteuerte, gelang es, diese Summe u. a. von der Europäischen Union, der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau, amerikanischen und japanischen Privatbanken zu borgen. Die Europäer, Japaner und

Köhler im brasilianischen Urwald

US-Amerikaner unterstützten so großzügig, weil die Brasilianer langfristig den Zugriff auf ihr Eisenerz zu Preisen unter dem Weltmarktniveau zusicherten.

Keine zehn Jahre nach der Konzeption des Vorhabens war das gigantische Projekt gescheitert. Die Rentabilität der Großprojekte blieb weit hinter den Erwartungen zurück, die prognostizierten Deviseneinnahmen blieben aus. Schlimmer noch: Aufgrund steigender Zinsbelastungen und stagnierender Weltwirtschaft mussten Ende der 70-er, Anfang der 80-er Jahre immer neue Kredite aufgenommen werden, um den Schuldendienst leisten zu können. Schließlich stand Brasilien 1982 am Rande der Zahlungsunfähigkeit.

Heute ist die Companhia Vale do Rio Doce, die das größte Eisenerzlager der Welt mit geschätzten Reserven von 18 Milliarden Tonnen ausbeutet, einer der wichtigsten Devisenbringer Brasiliens. Doch „Evandro und zehntausende Siedler, die dem Ruf nach Gold und Brot in den Dschungel gefolgt sind", hat man schlicht vergessen, war am 25. Januar 2000 in der *Frankfurter Rundschau* zu lesen. „Sie werden nie zu den Glücklichen gehören, die den Overall der ‚Vale' tragen. Und schon gar nicht zu den ‚Maharadschas' der öffentlichen Verwaltung, die in Belém und Sao Luis, den Hauptstädten Pará und Maranhao fürstliche Gehälter einstreichen" Maranhao ist trotz „Vale", wie der größte Eisenerzexporteur der Welt dort genannt wird, eine bettelarme Region. „Fast ein Drittel der Einwohner kann weder lesen noch schreiben, fast die Hälfte muss sich mit einem Einkommen von weniger als 30 US-$ im Monat durchschlagen. Lebenserwartung, Kindersterblichkeit und Ernährung liegen weit unter dem nationalen Durchschnitt. Die Regenwälder sind buchstäblich in Rauch aufgegangen - das Holz wanderte in die Öfen der Eisenhütten. Die Minen und Schienen", fasst der Autor Carl Goerdeler zusammen, „füllen die Taschen der Unternehmer und der Politiker. An Evandro rattert der Reichtum vorbei."

Und ewig brennen die Wälder in Brasilien

Satellitenaufnahmen von brennenden Amazonaswäldern erschrecken die Weltöffentlichkeit fast alljährlich zwischen Juli und November. Wiederholt mussten Flughäfen wegen der Dunstglocke geschlossen werden, und die Krankenhäuser waren nicht mehr in der Lage, alle Patienten mit Atemwegserkrankungen aufzunehmen. Im September 1991 zählte man fast 90.000 verschiedene Brände in der Region, die nach Schätzungen des brasilianischen Nationalinstituts für Raumforschung zwischen sechs und zwölf Millionen Tonnen Asche in die Atmosphäre beförderten.

Heute lassen sich einzelne Brandherde aus dem Weltraum oft kaum mehr identifizieren. Allerdings haben die Feuersbrünste 2 eindeutige Schwerpunkte im Nordwesten Brasiliens, in den Staaten Rondonia und Mato Grosso, und im Regenwald des südöstlichen Amazonas, in Pará. Dies ist kein Zufall. Denn mit Beginn des Erzabbaus und der Verhüttung des Erzes in heute vier von früher einmal 20 geplanten Eisenhütten strömten scharenweise Menschen aus den brasilianischen Ballungsgebieten in die Region. Die Einwohnerzahl der Stadt Marabá, die 1970 rund 25.000 Einwohner zählte, verzehnfachte sich.

Viele, die keine Arbeit in der Mine und in den Eisenhütten fanden, brennen vor allem in der Trockenzeit Urwaldstreifen nieder, um Felder anzulegen. Allerdings sind die nährstoffarmen Urwaldböden zumeist nach ein bis zwei Jahren derart ausgelaugt, dass kaum noch etwas gedeiht und die armen Campesinos gezwungen sind, erneut den Wald anzustecken. So schwindet der Urwald in der Region immer schneller, auch deshalb, weil die vier Eisenhütten mit Holzkohle befeuert werden. Nach einer Studie der Evangelischen Kirche in Deutschland wandert alljährlich das Holz von 300.000 Hektar Wald in die Hochöfen.

Für die Brandrodungen in Rondonia interessierte sich vor allem die US-amerikanische NASA, weil sich die schnellste und größte menschengemachte Veränderung auf der Erde leicht aus dem Weltraum beobachten lässt. Von nicht einmal 2 Prozent stieg die entwaldete Fläche in den letzten 20 Jahren auf über 20 Prozent. Welch immense Urwaldfläche vernichtet wurde, wird einem sicherlich erst bewusst, wenn man weiss, dass Rondonia ungefähr so groß ist wie Großbritannien.

Siedlungsprogramme und Staudämme: Gigantische Staudämme?

Was sind nun die Ursachen für die Urwaldvernichtung in Rondonia? Mit einem gigantischen Infrastrukturprojekt der Weltbank, die ein Drittel der 1,5 Milliarden US-$ bereit stellte, sollten neue Siedlungsgebiete

und landwirtschaftliche Flächen erschlossen werden. Im Rahmen des Projektes, bekannt unter dem brasilianischen Namen Polonoreste, wurde zunächst eine Straße von Cuiba nach Porto Velho gebaut. Der große Ansturm begann aber erst zu Beginn der 80-er Jahre. Allein von 1984 bis 1986 kamen alljährlich 160.000 Neusiedler und die Region zählte 1987 1,5 Millionen Menschen. Aufgrund der schlechten Bodenqualität, der abgelegenen Lage sowie einer resistenten und tödlichen Form von Malaria verließen Anfang der 90-er Jahre viele Neuankömmlinge diese Region wieder. Sie siedelten sich in den Slums der größeren Orte des Bundesstaates an oder zogen gleich in die großen Ballungszentren zurück, aus denen sie hauptsächlich gekommen waren.

Staudämme: Keine Rücksicht auf Indianer

Für die ehrgeizigen Erschliessungspläne Amazoniens sind große Mengen an Energie erforderlich, die in der wasserreichen Region Staudämme liefern sollten. Bis vor wenigen Jahren waren nicht weniger als 79 Staudämme geplant, deren Gesamtleistung mit rund 85.000 Megawatt etwa 85 mittleren Atomkraftwerken entsprochen hätte. Mit einem 500-Millionen-US-$-Kredit sollten in einer ersten Stufe 25 Dämme realisiert werden, die ein Gebiet von der Größe Schleswig-Holsteins überflutet hätten.

Viele der wahnwitzigen Monsterprojekte sind inzwischen gestoppt worden, wenn auch nicht gänzlich vom Tisch. Anhaltende Proteste einer weltweiten, breiten Front von Umweltschutz- und Menschenrechtsgruppen, Solidaritätsvereinen und Indianervertretern zwangen die IWF- und Weltbank-Macher zum Einlenken. So glich die Weltbank im September 1986 während des Jahrestreffens von IWF und Weltbank einer belagerten Festung. Trotzdem sind die Schäden, die durch die inzwischen gebauten Wasserkraftwerke für die Natur, die örtliche Bevölkerung und den brasilianischen Steuerzahler verursacht wurden, immens. Der gigantische Stausee von Tucurui, der die Energie für die Aluminiumproduktion und die Ausbeutung der Erzlagerstätten von Carajás liefert, bedeckt mit rund 2.400 Quadratkilometer eine fast fünfmal so große Fläche wie der Bodensee. 20.000 bis 30.000 Menschen, vor allem Indianer, mussten umgesiedelt werden. 40.000 waren es beim Bau des Dammes Itaparica und weit mehr als 10.000 im Falle

des Wasserkraftwerkes Itaipu. Und viele von den Zwangsumgesiedelten haben dafür bis heute keine Entschädigung erhalten.

Ökologisch sind die meisten Stauseen eine Katastrophe, denn da die Biomasse aus dem späteren Seegebiet nicht entfernt wird, beginnen die gefluteten Bäume, Sträucher und Gräser zu faulen und bilden giftige Gase. In der Regel siedeln sich Wasserhyazinthen an, woraufhin in den meisten Fällen das Nahrungsangebot für Fische zurückgeht. Zudem bilden die stehenden Gewässer eine ideale Lebensgrundlage für den Malaria-Überträger, die Anopheles-Mücke.

Damit nicht genug: Das rheinland-pfälzische Ministerium für Umwelt und Gesundheit hat 1990 als ein wesentliches Ergebnis einer Expertise der Kienbaum Unternehmensberatung festgehalten, dass die gigantischen, größtenteils kreditfinanzierten Staudämme die Verschuldung des Landes erheblich in die Höhe getrieben haben. Am Beispiel des Wasserkraftwerkes Itaipu hat die Unternehmensberatung vorgerechnet, dass der Staudamm das Land nicht wie vorgesehen 3 Milliarden US-$, sondern schließlich 7 Milliarden US-$ und bei Berücksichtigung von Zins- und Zinseszins sogar 25 Milliarden US-$ gekostet hat. Wie konnte das geschehen? Als Itaipu Anfang der 70-er Jahre geplant und vorgestellt wurde, waren Kredite auf dem Weltmarkt infolge der Ölkrise für 3 Prozent jährlicher Verzinsung zu haben. Aufgrund der weltweiten Rezession kletterten die Zinssätze im Verlauf des Jahrzehnts allerdings bis auf fast 20 Prozent und bescherten den Brasilianern eine Rechnung, bei der allein die Zinsen nach der ursprünglichen Kostenaufstellung für zwei weitere Itaipus gereicht hätten.

Indien: Der größte Weltbankkunde zählt zur „Vierten Welt"

„Sie haben auch in Rajasthan Dämme gebaut. Auch dort versprachen sie alles Mögliche - Boden gegen Boden, Entschädigungen zu Tausenden, alles. Die Menschen gaben vertrauensselig alles auf, was sie besaßen. Wisst ihr, wo sie jetzt sind? Sie wühlen in den Müllhaufen großer Städte, in der Hoffnung, einen Krümel Nahrung für ihre hungrigen Bäuche zu ergattern - glaubt mir, ich arbeite mit diesen Leuten. Darum bin ich gekommen, um euch zu sagen, glaubt dieser Regierung nicht (...) Vor allem lasst nicht zu, dass dieser Staudamm entsteht und euch aus euren Herzen und Häusern flutet," so klagte im September 1989 eine tatkräftige, verhutzelte Frau aus dem Rajasthan, Srilata Swaminadan, vor 50.000 Staudammgegnern aus ganz Indien auf einer Protestveranstaltung in der Kleinstadt Harsud im Bundesstaat Madhya Pradesh. Schätzungen zufolge wurden in Indien in den vergangenen 40 Jahren durch großangelegte Entwicklungsprogramme weit mehr als 20 Millionen Menschen vertrieben. Das mit Krediten der Weltbank vorangetriebene industrielle Energieentwicklungsprogramm in der Region um Singrauli - nach Vorstellungen des ersten indischen Premiers Jawaharlal Nehru sollte rund 120 Kilometer südlich der heiligen indischen Stadt eine Art Schweiz des Subkontinents entstehen -, umfasste ursprünglich 12 riesige Übertagebauwerke, fast ein Dutzend Superkohlekraftwerke, die dazu gehörige Infrastruktur mit Straßen und Stromleitungen, das Rihand-Staubecken, Zementfabriken und vieles mehr. Um nichts standen die indischen Planungen der brasilianischen Gigantomanie nach. Und in beiden Ländern wurde zweierlei vergessen: Die Menschen und die Umwelt.

Hunderttausende, die vor allem von traditioneller Subsistenzlandwirtschaft lebten, wurden teilweise mehrfach umgesiedelt und mit jeder Zwangsumsiedelung wurden sie mehr ins absolute Elend abgedrängt. Asche, Kohlen- und Zementstaub vergifteten die Atmosphäre, das Grundwasser wurde ungenießbar und schließlich gaben auch die Böden kaum noch etwas her.

1987 begannen sich die Vertriebenen, die zumeist rings um das große Industriegebiet in elenden Hütten lebten, zu organisieren und zu wehren. Ihrem Protest schlossen sich indische Umwelt- und Menschenrechtsgruppen an. Und in den USA brachte der „Environmental Defense Fund" den Skandal vor den Kongress.

Die Strategie der Weltbank: Fade Entschuldigungen und ein wenig Programmkosmetik, um Proteste zu unterlaufen

Der winzige Soziologen-Stab der Weltbank fragte schließlich intern bei der Länderabteilung „Indien" wegen weiterer weltbank-finanzierter Kohlekraftwerke und anderer Entwicklungsprojekte nach. Das Ergebnis war niederschmetternd, denn bei weiteren acht Kohlekraftwerken hatte man ebenso die Frage der Umsiedlungen schlicht vergessen. Schließlich kam die Weltbank nicht mehr umhin, auf die Kritik und öffentlichen Proteste zu reagieren. Sie gab Fehler zu, entsandte Delegationen und ließ Expertisen erstellen. Doch erst im Mai 1992 kam eine Untersuchung zu selbstkritischen Ergebnissen. Von „Arbeitslosigkeit, insbesondere der ursprünglichen Landbevölkerung, eine unangemessene Entschädigung für die Umsiedlung, unangemessene Wohnverhältnisse und das Wachstum von Slumsiedlungen, eine unangemessene Wasserversorgung, die Verschmutzung der Trinkwasserquellen und die Beeinträchtigung der Waldressourcen," ist dort in trockenem, verharmlosendem Bankerenglisch die Rede.

Schließlich hinterfragte die Weltbank ihr gesamtes Entwicklungsprogramm im Energiesektor in Indien, das vor allem auf Kohlekraftwerke setzte. Ernüchtert musste man dabei feststellen, dass aufgrund dieser einseitigen Ausrichtung das Land „unter einem kapital- und energieintensiven Energiemodell", einer „ineffizienten Herstellung und Verwendung von Energie" leide. Die 56 Wärmekraftwerke, die die Weltbank bis dahin mitfinanziert hatte, kommen vor allem den wohlhabenderen Schichten des Landes zugute, die sich einen Stromanschluss überhaupt leisten können.

Aber trotz aller guten Einsichten warf die Weltbank nun nicht etwa konsequent das Ruder herum. Vielmehr unterstützte sie den neuen Fünfjahresplan (1993-1997) Indiens, der weiterhin auf den massiven Ausbau der Kohlekraftwerke setzte. Lediglich ein Prozent der Investitionen waren darin für erneuerbare Energiequellen wie Windenergieanlagen, Solarzellen und kleinere Wasserkraftwerke vorgesehen, obwohl die Weltbank noch kurz vorher verkündet hatte, hier gegensteuern zu wollen.

Indien: In einer Ländergruppe mit ärmeren Saheländern wie Burkina Faso und Mali

Heute ist Indien einer der größten Produzenten von High-Tech-Geräten und Computern. Nach eigener Zählung liegt das Land an 16. Stelle der Industrieproduktion. Doch die Insel der Reichen Indiens sind von einem Meer aus Armut umgeben. Fast 55 Prozent der Bevölkerung sind Analphabeten und fast die Hälfte zählt zu den absolut Armen mit einem Jahreseinkommen von weniger als 310 US-$. Die Lebenserwartung beträgt nur gut 60 Jahre und die Säuglingssterblichkeitsrate ist höher als in vielen afrikanischen und den ärmeren lateinamerikanischen Ländern. ●

Mitverantwortlich für die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich

Das Mexiko-Syndrom: Aus einer Fiktion könnte rasch Wirklichkeit werden

„Das Ritual dieser Hauptversammlung hatte sich kaum verändert, seit die Idee, diese Institutionen zu gründen, dem fruchtbaren Hirn John Maynard Keynes' entsprungen war - einst in New Hampshire, im Bretton Woods Hotel (...) Und doch war die Erregung an diesem Montagmorgen - September 1987 - deutlich spürbar," so steht es auf der ersten Seite des fiktiven Romans *Das Mexiko-Syndrom. Der Nord-Süd-Konflikt 1987* des ehemaligen Vizepräsidenten der Weltbank William Clark. Unter der Überschrift „Zahlungsverweigerung" beschreibt er die eskalierende Situation zwischen Industrieländern und hoch verschuldeten Entwicklungsländern, die nicht weiter astronomische Schulden begleichen wollen. Sie wollen Tilgungen und Zinszahlungen einfach nicht mehr leisten, weil sie ihrer Bevölkerung nicht weitere Lasten aufbürden wollen.

Ein fiktiver Roman und doch glaubwürdig, faktenreich von einem Insider mit viel Phantasie 1984 geschrieben. Wohlgemerkt, vor der Mexiko-Krise von 1984 und lange vor dem Aufruf des kubanischen Präsidenten Fidel Castro zum Schuldenstreik Ende Juli 1985. In *Mexiko-Syndrom* gerät die Konfrontation aufgrund der unnachgiebigen Haltung der Industrieländer, vor allem des britischen Schatzmeisters, rasch außer Kontrolle. Die Börsen kollabieren, der Welthandel bricht zusammen, viele Industriebetriebe in den Entwicklungsländern stellen die Produktion ein, immer mehr Menschen wandern von Süd nach Nord. Zum Schluss ist das Chaos in der Welt perfekt und keine Lösung in Sicht.

Die Zukunft, die William Clark damals gesehen hat, ist so nicht Wirklichkeit geworden. Aber der Economical Fiction-Roman schien im Sommer 1984 fast Wirklichkeit zu werden, als zunächst Mexiko und dann auch Brasilien am Rande der Zahlungsunfähigkeit standen. Zumindest gibt der Thriller berechtigte Befürchtungen von damals wieder. Damals als die Welt noch zweigeteilt war, in einen kommunistischen und kapitalistischen Machtblock, gab es in den Entwicklungsländern häufig heftige Kritik an den Auflagen des IWF. Heute gibt es nur noch selten einmal kritische Stimmen. So warf der zimbabwische Präsident Robert Mugabe 1996 dem IWF vor, der ein laufendes ESAF-Programm gestoppt hatte, weil die öffentlichen Ausgaben und das Haushaltsdefizit nicht wie vorgesehen reduziert worden waren, der IWF verordne „stets die selbe Medizin für alle. Natürlich sind die Regeln die selben, wenn Sie liberalisieren wollen. Aber die Anwendung muss entsprechend der sozioökonomischen Umstände differenzieren."

Vom „noblen Armen" in die Anarchie „neuer Armut"

In den Entwicklungsländern wurden die Armen häufig bis in die jüngste Vergangenheit noch durch lebendige soziale Gefüge des Stammes oder der Nachbarschaft eingebunden, in Stadtvierteln oder Dorfgemeinschaften mitversorgt. Menschliche Beziehungen und Solidaritätsbindungen sicherten ihnen in Phasen äußerster Not zu überleben. Althergebrachte Strukturen der „noblen Armen", wie sie der ehemalige Bildungsminister des Iran und spätere UNESCO- und UNDP-Beamte Prof. Majid Rahnema einmal nannte, die sich durch Selbstbeschränkung, Genügsamkeit, Einfachheit, Duldsamkeit und Großherzigkeit auszeichneten, werden heute zunehmend gestört und schließlich aufgelöst. Ein Vorgang, der für die Älteren hierzulande nicht ganz unverständlich sein dürfte. Frühere Nachbarschaftshilfe und -solidarität sind ihnen heute sicherlich noch in guter Erinnerung. Heute werden diese alten Gefüge und Netze häufig verletzt und weitgehend zerstört. All die Werte, die auch ein Leben in relativer Armut lebenswert machten, verschwinden und stürzen immer mehr Menschen nicht nur existenziell ins Elend.

Nach Ansicht von Rainer Tetzlaff hat die Politik der Bretton-Woods-Institutionen durch Inwertsetzung von Boden und Arbeitskräften und durch die Umsetzung von Strukturanpassungsprogrammen einen Prozess in Gang gesetzt, der eine neue Armut geschaffen hat. In der globalisierten Welt haben kinderlose Rentner, Arbeitslose über 45, alleinerziehende Mütter und auch zunehmend Kinder und Jugendliche kaum eine Chance, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Zwar richtete die Weltbank seit 1985 sogenannte Sozialfonds ein, um die harten Anpassungsmaßnahmen abzufedern. „Sicherlich leisteten diese Fonds hier und da gute Dienste," meint Tetzlaff, aber sie konnten die Minderungen der Sozialausgaben infolge der Strukturanpassungsprogramme nicht ausgleichen. Zumal die Fonds zumeist nur kurzfristig und zeitlich begrenzt ausgerichtet sind und viele Länder dazu verführten, die eigenen Bildungs-, Gesundheits- und Sozialetats weiter zu reduzieren. Für einige Zeit haben die Weltbank-Gelder gefährliche Konfrontationen mit den neuen Armen, den entlassenen Staatsbeamten, Lehrern, Gesundheitsbediensteten und der durch Preiserhöhungen belasteten Bevölkerungskreise, sicherlich eindämmen können. Langfristig aber, so meint Tetzlaff, sei das Problem eher aufgehoben und werde sich um so dringlicher stellen, wenn die Sozialfonds erst einmal aufgebraucht seien. „Dann dürfte auf Dauer auch die Demokratisierung gefährdet sein."

Dieser Veränderungsprozess von solidarischen Gemeinschaften aus genügsam lebenden Menschen mit geringen Mitteln in moderne, in den globalen Produktionsprozess einbezogene Gesellschaften verstärkt die Kluft zwischen Arm und Reich. Diese negative Entwicklung von teilweise vorkapitalistischen Gemeinschaften in kapitalistische Gesellschaften wird durch die SAP's vorangetrieben. „Die neuen Armen sind also die großen Verlierer der SAP's der Weltbank," schreibt Rainer Tetzlaff. "In Argentinien bezeichnete man sie auch als ‚pauperizados', d. h. als Angehörige einer im Niedergang befindlichen Gruppe. Rentner mit geringem Einkommen sind geradezu das Symbol dieser neuen Gruppe, denn wenn sie keine Kinder haben, die sie unterstützen, werden sie an den Rand der Gesellschaft gedrängt (...) Noch schwerer wiegt für viele eine Veränderung der Zukunftsaussichten: Bis in die sechziger Jahre konnten Eltern damit rechnen, dass ihre Kinder eine höhere gesellschaftliche Stellung erreichen würden als sie selbst. Doch heute gilt das nicht mehr."

Die Schizophrenie der Weltbank: Der selbsternannte Anwalt der Armen fördert Verelendung

„Die Bekämpfung der Armut ist nach wie vor das absolut vorrangige Ziel der Weltbank." So steht es im Geschäftsbericht der Weltbank 1991. Zweimal in ihrer 55-jährigen Geschichte hat sich die Weltbank ausdrücklich die Bekämpfung der Armut auf die Fahnen geschrieben. Erstmalig in den 70-er Jahren, als der für Weltbankverhältnisse überaus selbstkritische Präsident Robert McNamara den Slogan „Investieren in Arme" ausgab. Zum zweitenmal wurde das Thema in den 90-er Jahren mit der „sozialen Dimensionierung von Anpassung" auf die Tagesordnung gehievt.

Nach dem verlorenen Jahrzehnt der 80-er Jahre mit seinen Verschuldungsproblemen und Strukturanpassungsprogrammen dämmerte es den Weltbankern langsam, dass die verabreichte Medizin zur Armutslinderung den Patienten nicht geheilt, sondern nur noch kränker gemacht hat. „Schätzungsweise müssen heute 1,5 Milliarden Menschen mit einem Einkommen von weniger als einem Dollar pro Tag auskommen," heißt es in einem Weltbankbericht, der 1999 in Washington veröffentlicht wurde. Dies seien erheblich mehr Menschen als noch vor wenigen Jahren. Diese Verelendungstendenzen konnten auch durch neue Konzepte der Weltbank nicht aufgehalten werden, die erstmals im Jahresbericht 1991 vorge-

stellt wurden. Die Banker empfahlen Wirtschaftswachstum, wettbewerbsfähige Wechselkurse und die Vermeidung von übermäßigem Importschutz, alles Maßnahmen, die seit Jahren bereits feste Bestandteile der SAP's waren. Zudem setzten sie auf direkte Armutslinderungsprojekte und -tätigkeiten in verschiedenen Sektoren und auf sogenannte „Nahrung-für-Arbeit"-Programme, in denen in Notlagern Arme für bestimmte Arbeiten Nahrungsmittel erhalten. Allerdings wurden für derartige Projekte beispielsweise nur 1,9 Milliarden US-$ oder acht Prozent der gesamten Zusagen aufgewendet. Die übrigen Mittel flossen weiterhin in Programme, die an den Armen weitestgehend vorbeigehen und die Kluft zwischen Arm und Reich eher vergrößern.

Eine Studie des UN-Forschungsinstitutes für soziale Entwicklung bescheinigt den „sozialen Sicherheitsnetzen" nur minimalen Erfolg. In Ghana beispielsweise seien nur 0,3 Prozent der Gesamtbevölkerung in den Genuss von Hilfsgeldern gekommen, in Ägypten 0,5 Prozent und in Honduras immerhin 13 Prozent. Insgesamt aber, so die Autorin der Studie, Jessica Vivian, stünden die Ergebnisse der Weltbankmaßnahmen in keinem Verhältnis zu ihren verkündeten Zielen. Und ganz besonders kritisiert Jessica Vivian, dass die Maßnahmen größtenteils Männern zugute kämen und arme Frauen weitgehend ausgeschlossen würden.

IWF/Weltbank: Mitverantwortlich für die Feminisierung der Armut

Seit den 70-er Jahren ist die Diskussion um Frauen im Entwicklungsprozess nicht abgebrochen. Auch die Weltbänker gaben sich zeitgemäß. 1977 richteten sie einen Beraterposten für „Frauen in der Entwicklung" und zehn Jahre später schließlich eine Abteilung unter dem gleichen Namen ein. Hauptsächlich aber beschäftigten sich der Berater und später die Abteilung mit Forschung und dem Sammeln von Daten. Dies brachte zwar wertvolle Erkenntnisse zum Thema, faktisch aber haben IWF- und Weltpolitik zur Feminisierung der Armut nicht unerheblich beigetragen.

Vor allem die von der Weltbank in Asien und Lateinamerika massiv geförderte „Grüne Revolution", die auf den Einsatz leistungsfähiger Reis-, Mais- und Getreidearten setzte, Maschinen- und Kunstdüngergebrauch förderte, hat viele arme Frauen noch ärmer gemacht und ins Abseits gedrängt. Denn: Wo früher Frauen Kuhdünger verteilten, streuen heute Männer Kunstdünger und wo traditionell einmal Frauen Unkraut jäteten, sprühen heute Männer Herbizide und Insektizide. Grundsätzlich gilt, dass, wenn in traditionellen arbeitsteiligen Gesellschaften Neuerungen eingeführt werden, diese auf Männer zugeschnitten sind und generell von Männern übernommen werden.

Und auch die Strukturanpassungsprogramme haben die Frauen härter getroffen als Männer. So kritisiert beispielsweise Gudrun Lachenmann in *Globalisierung aus Frauensicht*, dass die wirtschaftspolitischen Maßnahmen und die Neubildung von Märkten beispielsweise in Afrika dazu führen, dass „Frauen aus bisher geschlechtlich abgegrenzten Zuständigkeitsbereichen" verdrängt würden. „Die Neuordnung und Expansion bestimmter Agrarmärkte im Zuge der Privatisierung" - ein Hauptelement der SAP's führe dazu, dass die Produktion von der Frauen dominierten Nahrungsmittelproduktion hin zum von Männer dominierten Anbau von landwirtschaftlichen Produkten für den Weltmarkt, wie Kaffee, Kakao oder Tee, umgestellt werde. Zudem verschlechtere sich der Zugang zu Produktionsmitteln sowie Krediten und die sinkenden Ausgaben für Gesundheit träfen insbesondere Frauen und Kinder. Gleichzeitig, so moniert Gudrun Lachenmann, kommen sozial flankierende Maßnahmen vor allem Männern zugute. So fehlten Frauen zumeist die „entsprechenden formalen Voraussetzungen bei Startkapital oder Qualifikationsniveau," so dass Männer beispielsweise den Getreidehandel übernähmen, wenn man staatliche Vermarktungssysteme auflöse. Und Beschäftigungsfonds werden ihrer Ansicht nach vor allem „für junge dynamische Männer konzipiert, weil sie als das größte Protestpotenzial" angesehen würden.

„Es ist Skepsis geboten, wenn sich die Weltbank in jüngster Zeit (...) zum politischen Protagonisten von Frauenförderung durch Entwicklungskooperation zu profilieren versucht," schreibt Rainer Tetzlaff. Feministinnen „kritisieren die bequeme Hypothese, dass die lange unsichtbar gemachten Frauen im Entwicklungsprozeß nun die Antwort für alle Dimensionen des Entwicklungsdilemmas sein sollten - die rechte Antwort auf Armut, Ungleichheit und mangelnde Produktivität." ●

Gegenmacht:

Rennen gegen eine Gummiwand?

IWF/Weltbank: Vatikan, Mekka und Kreml der Entwicklungsstrategen?

Die supranationale undemokratische Institution Weltbank „funktioniert in weiten Teilen wie die Kirche, genau genommen wie die Kirche im Mittelalter," schreiben Susan George und Fabrizio Sabelli in ihrem Buch *Kredit und Dogma. Ideologie und Macht der Weltbank.* „Sie hat eine eigene Doktrin, eine rigide strukturierte Hierarchie, die diese Doktrin predigt und umsetzt, sowie eine quasi religiöse Art, sich zu rechtfertigen." Diese „respektlose Analogie," wie die Autoren schreiben, lässt sich sicherlich ähnlich auch auf den Zwillingsbruder der Weltbank, den Internationalen Währungsfonds übertragen. Der IWF befindet sich wie die Weltbank in einer Monopol-Stellung ohne parlamentarische Kontrolle. Ein Blick hinter die Kulissen ist kaum möglich - zahlreiche Vorgänge wie beispielsweise der genaue Wortlaut von SAP's werden geheim gehalten, und Alternativen zur eigenen „Doktrin" weitgehend unterdrückt.

Bis Mitte der 50-er Jahre befanden sich beide Institutionen noch weitestgehend in einer Art „Dornröschenschlaf". Der europäische Wiederaufbau, den man zunächst als Hauptbetätigungsfeld angesehen hatte, erforderte keine Weltbank-Projekte oder IWF-Kredite, sondern schnelle Auszahlungen von Zuwendungen mit geringen oder gar keinen Zinsen wie sie im Rahmen des Marshall-Plans geschaffen wurden. „Bankwürdige" Projekte gab es kaum und wer Marshall-Plan-Zuwendungen erhielt, für den waren IWF-Kredite fast völlig gesperrt.

Der Suez-Konflikt: Neues Leben für den IWF

Erst die Suez-Krise 1956, als Großbritannien und Frankreich in Großmachtmanier das Gebiet des Suez-

Die Staatschefs der G7 plus Russland auf dem Wirtschaftsgipfel in Köln

Kanals besetzten, der von Ägypten verstaatlicht worden war, hauchte den Bretton-Woods-Institutionen neues Leben ein. Die einstige Weltmacht Großbritannien überzog damit ihre finanziellen Möglichkeiten und erhielt wie Ägypten und zwölf weitere europäische Länder Stützungskredite. Brasilien, Argentinien und die Türkei bekamen dann ihre ersten Kredite. Mit der Unabhängigkeit von etwa 130 ehemaligen Kolonien als „neue Staaten" in den 50-er und 60-er Jahren vergrößerte sich die Klientel von IWF und Weltbank. Seit der Aufnahme der Volksrepublik China und der ehemals sozialistischen Staaten Osteuropas handeln die beiden Organisationen nun global, ohne sie scheint in Sachen „Entwicklung" und „Strukturanpassung" nichts mehr zu laufen.

Der Ausdruck „Großer Anstoß" prägte die Weltbankpolitik der 60-er Jahre. Mit kapitalintensiven Stromerzeugungs-, Landwirtschafts-, Industrialisierungs- und Infrastrukturprojekten wollte die Bank den Grundstein für die Entwicklung in allen ökonomischen Sektoren der Entwicklungsländer legen. Die Devise lautete, nachholende Entwicklung nach dem Vorbild der Industrieländer. Doch die entwicklungspolitischen Blütenträume gingen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht auf. Schlimmer noch: Immer mehr Länder begannen mehr Geld an die Bank zurück zu zahlen, als sie an neue Kredite kamen. Die Investitionen hatten sich nicht amortisiert und spülten nicht mehr Steuern in die Staatskassen, sondern die Länder mussten immer mehr Kredite aufnehmen, um die Bankkredite zu bedienen. „Die schwere Schuldenlast, die auf einer wachsenden Zahl unserer Mitgliederländer liegt", heißt es im Weltbankbericht 1963-64, „löste eine ständige Besorgnis der Weltbankgruppe aus".

Ghana und Indonesien mussten bereits 1966 umschulden, Indien und Peru folgten 1968, dann kam Chile 1972, ... So setzte sich die Verschuldungsspirale langsam in Gang und 1975 mussten die Entwicklungsländer bereits die Hälfte der ihnen aus dem Norden überwiesenen Gelder zur Kredittilgung aufwenden.

Verelendungswachstum: Die Politik des IWF und der Weltbank öffnet die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter

Mitte der 70-er Jahre zeichnete sich dann immer deutlicher ab, dass die Verheißung von der „nachholenden Entwicklung" trog. Vielmehr sorgten Weltbank und IWF, dass die Entwicklungsländer rasch in das kapitalistische Wirtschaftssystem integriert wurden. Für viele Länder der südlichen Hemisphäre aber wurde die nach westlichen Maßstäben konzipierte moderne Entwicklung zur Sackgasse. Staaten wie Mali, Niger, Burkina Faso, Senegal, Sambia oder Nepal sind trotz jahrzehntelanger umfangreicher Hilfe weiterhin bettelarm und für die bürgerkriegsgebeutelten, armen Länder Äthiopien, Somalia, Liberia, Ruanda, Burundi, Angola und Zaire besteht kaum Hoffnung. Daran konnte auch die Armutsbekämpfungsstrategie von Robert McNamaras, der Ende der 60-er Jahre Weltbankpräsident wurde, nichts ändern. Vielmehr setzte seine Strategie eine Entwicklung in Gang, die die kleinen Bauernwirtschaften aushebelte und auf landwirtschaftliche Modernisierung und Integration in den Weltmarkt setzte. Seitdem regt sich Widerstand: So sabotierten beispielsweise Kleinpächter im malaysischen Dorf Muda ein Bewässerungsprojekt, weil neue Erntemaschinen ihre Verdienstmöglichkeiten erheblich schmälerten.

Auch in vielen anderen der teilweise gigantischen Landwirtschafts- und Besiedlungsprojekte setzten sich immer mehr Arme, Indigenas und Umweltflüchtlinge für ihre Belange ein. Schließlich begannen sich breite Koalitionen von Umgesiedelten, einheimischen und ausländischen Menschenrechts- und Umweltorganisationen gegen die überdimensionierten Energie-, Industrie- und Infrastrukturprojekte zu bilden. Die Politik der Weltbank und des IWF wurde auch zunehmend Gegenstand von Anhörungen und Diskussionen in den Parlamenten und Parlamentsausschüssen der westlichen Industriestaaten. Aber immer, wenn der Druck zu groß wurde und konkret negative Auswirkungen der Projekte nachgewiesen wurden, reagierten ihre Repräsentanten mit dem Standardargument, es seien in der Vergangenheit Fehler gemacht worden, aus denen man gelernt habe. Jetzt sei man auf dem richtigen Kurs. Mit einigen Expertisen und Nachbesserungen, mit einigen Millionen für Umwelt und Soziales wurde und wird den Kritikern der Wind aus den Segeln genommen.

Der DGB mahnt eine Reform der Finanzmärkte an

Als „ersten realistischen und praktisch umsetzbaren Kompromiss" hat DGB-Vorstandsmitglied Heinz Putzhammer den Beschluss des Kölner Wirtschaftsgipfels der G8-Länder von 1999 begrüßt, den hochverschuldeten armen Ländern einen Teil der Schulden zu erlassen. Damit werde den Ländern mehr Spielraum bei der Armutsbekämpfung, Bildung und Gesundheitsversorgung eingeräumt. Gleichzeitig aber mahnt er an, dass diese Entwicklung grundsätzlich in den SAP's des IWF festgeschrieben werden muss. Denn: „Der Wert von langfristig angelegten sozialen Institutionen und Strukturen wird in den Rezepten und Auflagen des IWF noch immer systematisch unterbewertet. Diesen Reformbedarf müssen die G8-Länder anpacken."

Neben einer größeren Transparenz der Finanzmärkte und ihrer Akteure hält Putzhammer eine bessere Abstimmung der Finanz- und Währungspolitik auf regionaler Ebene sowie zwischen den Währungsblöcken Dollar, Euro und Yen für dringend erforderlich. Dadurch werde den Spekulanten die Basis entzogen. Zur Erarbeitung der erforderlichen Schritte und Maßnahmen zur Neuordnung müsse eine unabhängige internationale Kommission eingesetzt werden.

Der Protest wächst: Aber sind IWF und Weltbank reformierbar?

Der Zusammenbruch des Warschauer Paktes 1989 hat die kritischen Stimmen aus dem Osten zunächst verstummen lassen und in dessen Gefolge sind auch die Kritiker aus den Entwicklungsländern kaum noch zu hören. Heute jedoch formiert sich ein weltumspannendes Netzwerk von Globalisierungsgegnern, dass zunehmend auch die weitgehend anonymen internationalen Institutionen aufs Korn nimmt. Zur Symbolfigur des Widerstandes ist die US-amerikanische Handelsjuristin Lori Wallach geworden. Ihr gelang es in wenigen Jahren, die unterschiedlichsten Globalisierungsgegner von Verbrauchergruppen, landwirtschaftliche Vereinigungen, Gewerkschaften, Dritte-Welt-Organisationen bis hin zu Sozial-, Arbeits- und Menschenrechtlern zusammenzubringen. Das Internationale Abkommen für ausländische Investitionen (MAI) wurde 1998 das erste Opfer der „Global Trade Watch". Denn als das vertrauliche Papier in die Hände der Gruppe geriet und zwei Tage weltweit im Internet nachzulesen war, war die Empörung riesig. Daraufhin traute sich niemand mehr, das Abkommen, das den Multis weitreichende Rechte auf Kosten der nationalen Regierungen einräumen sollte, zu verabschieden.

Dann legte die Organisation die Versammlung der mächtigen Welthandelskonferenz WTO 1999 in Seattle lahm. Die Bilder von den Krawallen und Demonstrationen gingen um die ganze Welt. Dabei geht man immer, wie *Der Spiegel* Nr.14 vom 3.4.2000 schrieb, nach der Dracula-Taktik vor, indem man „ein verkommenes, geheimes Machwerk" in die Sonne lege. „Und siehe da: Es verträgt es nicht. Kommt ein solches Abkommen erst einmal ans Licht der Öffentlichkeit, wird es vernichtet."

Im April 2000 verwandelten Globalisierungsgegner das US-amerikanische Washington in eine belagerte Stadt. Dort trafen sich die Finanzminister und Zentralbanker aus 182 Ländern zur Frühjahrstagung von IWF und Weltbank. Die Globalisierungsgegner, die sich zum Dachverband „Mobilisierung für globale Gerechtigkeit" zusammengeschlossen haben, fordern einen sofortigen, umfassenden Schuldenerlass für die armen Länder. „Die beiden wichtigsten internationalen Finanz- und Entwicklungsorganisationen müssen endlich grundlegende Reformen durchführen und sie nicht immer nur ankündigen," verlangt die Vorsitzende von WEED, Barbara Unmüßig, „Weder in der Verschuldungsfrage noch bei den Strukturanpassungsprogrammen sind sie einen Schritt weiter gekommen."

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

Literatur:

Berg, Hartmut: Internationale Wirtschaftspolitik, Göttingen 1976.

Bonavista, Petra: Russland im Griff der Mafia, Heilbronn 1999.

Bänziger, Andreas: Indien. Wir wollen mehr vom Leben! Göttingen 1996.

Briesemeister, Dietrich: Brasilien heute. Politik-Wirtschaft-Kultur, Bibliotheca Ibero-America, Frankfurt am Main 1994.

Clark, Williarm: Das Mexiko-Syndrom. Der Nord-Süd-Konflikt 1987, München 1985.

Dieter, Heribert: Die Asienkrise. Ursachen, Konsequenzen und die Rolle des Internationalen Währungsfonds, Marburg 1999.

Gawora, Dieter; Moser, Claudio: Amazonien. Die Zerstörung, die Hoffnung unsere Verantwortung. Hrsg. Vom Bischöflichen Hilfswerk Misereor, Aachen 1993.

Gutowski, Armin: Die internationale Schuldenkrise, Ursachen-Konsequenzen-Historische Erfahrungen, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge Band 155, Berlin 1986.

Hauchler, Ingomar (Hrsg.): Globale Trends 1995. Fakten Analysen Prognosen, Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn 1995.

Hauchler, Ingomar; (Hrsg.): Globale Trends 1998. Fakten Analysen Prognosen, Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn 1998.

Hauchler, Ingomar; (Hrsg.): Globale Trends 2000. Fakten Analysen Prognosen, Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn 1999.

Herkendell, Josef; Pretzsch, Jürgen (Hrsg.): Die Wälder der Erde. Bestandsaufnahme und Perspektiven, München 1995.

Körner/Maaß/Siebold/Tetzlaff: Im Teufelskreis der Verschuldung. Der Internationale Währungsfonds und die Dritte Welt, Hamburg 1984.

Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon Dritte Welt, Hamburg 1993.

PROKLA-Redaktion (Hrsg.): Globalisierung und Gender, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 111 - 28. Jahrgang 1998, Nr. 2, Münster 1998.

Rich, Bruce: Die Verpfändung der Erde. Die Weltbank, die ökologische Verarmung und die Entwicklungskrise, Stuttgart 1998.

Tetzlaff, Rainer: Weltbank und Weltwährungsfonds - Gestalter der Bretton-Woods-Ära, Opladen 1996.

Adressen:

International Labour Office (ILO)
Internationale Arbeitsorganisation (IAO)
4, route de Morillons
CH-1211 Genf 22
Tel. 00 41-22-7996111
Fax 00 41-22-7996872

Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG)
Bld. Emile Jacqmain 155
B-1210 Brüssel
Tel. 00 32-2-2240211
Fax 00 32-2-2015815 - 203300756

The Develoment Group for Alternative Policies
927 Fifteenth Street NW
4th Floor
at Three McPherson Square
Washington DC 20005

WEED
Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V.
Bertha-von-Suttner-Platz 13
53111 Bonn
Tel. 0228-76613-0
Fax 0228-696470

VENRO
Kaiserstraße 201
53113 Bonn
Tel. 0228-94677-0
Fax 0228-94677-99

GERMANWATCH e.V.
Budapester Straße 11
53111 Bonn
Tel. 0228-60492-0
Fax 0228-60492-19

IWF
http://www.imf.org

Weltbank
e-mail: pic@worldbank.org

Nord-Süd-Netz DGB BILDUNGSWERK e.V.

Weitere Materialien

Entwicklungspolitik

40
Das neue Südafrika

42
Sozialklauseln und Gewerkschaften

43
Zukunftsfähige Eine Welt

44
Eisenerz und Stahlgewinnung

45
Übernationale Vernetzung - Medien in der Dritten Welt

46
Freie Produktionszonen - Grenzenlose Gewinne!

49
Kleider aus der Weltfabrik

51
Sprinten in Weltmarktschuhen

52
Holz für Weltpapier (Arbeitstitel i.V.)

53
Spielzeug aus dem Weltmarktschrank

58
Weltarbeit – Welt der Arbeit

60
Globalisierung von unten gestalten

61
Pantherspruns in den Weltmarkt

62
Leder Weltumspannend gerben

63
Agenda 2000 - Herausforderung Osterweiterung: Agrarpolitik

64
Agenda 2000 - Herausforderung Osterweiterung: Sozialer Dialog

65
„Rohstoff" Geld Wer hat, dem wird gegeben

66
IWF/Weltbank Antriebskräfte der Globalisierung

Europapolitik

SE 10
Made in Europa - Grundlagen für die europäische Gewerkschaftsarbeit

SE 11
Europabetriebsräte - Ein Schritt zum sozialen Europa

SE 12
Gesundheitsschutz in der Arbeitsumwelt - Fortschritt durch Europa?

SE 13
Entwicklungszusammenarbeit - Entwickelte Zusammenarbeit?

35
Gewerkschaftliche Dimensionen

37
Eurobetriebsräte

38
Frauen in der Europäischen Union - Hierarchie oder Emanzipation?

39
Freiwillige Eurobetriebsratsvereinbarungen

41
Die europäische Union: Militärisch oder zivil?

47
Arbeitslosigkeit in Europa

48
Zukunftsfähiges Europa – Europa zukunftsfähig?

50
Europäische Währungsunion

54
Investieren in Osteuropa

55
Rechtsextremismus in Europa

56
Finanz- und Wirtschaftsdaten – Handbuch

57
Finanz- und Wirtschaftsdaten – Toolkit für EBR

59
Beschäftigung – Sozialpolitik – Gleichberechtigung/ ein Vademecum

Die vollständige Materialienliste ist beim DGB Bildungswerk erhältlich.

Impressum

DGB Bildungswerk e.V.
Nord-Süd-Netz
Postfach 103055
40021 Düsseldorf
Tel. 0211/4301-258
Fax 0211/4301-500
post@dgb-bildungswerk.de

in Zusammenarbeit mit:
IG Metall - Vorstand
Abteilung Internationales
Lyoner Str. 32
60528 Frankfurt/Main

Klaus Priegnitz
Tel. 069/6693-2595
Fax 069/6693-2028
e-mail: Birgit.Stahl@igmetall.de

Claudia Rahman
Tel. 069/6693-2282
Fax 069/6693-2028
e-mail: Claudia.Rahman@igmetall.de

1. Auflage

Erscheinungsdatum:
Mai 2000

Gesamtherstellung:
CONNECT GmbH/Köln

Redaktion:
Werner Oesterheld/Klaus Priegnitz
Textredaktion:
Chris Künster

Texte:
Friedhelm Mensing

Fotos:
Rainer Unkel
Agenda/Jörg Böthling

Druck:
Druckhaus Cramer/Greven

Diese Broschüre wurde auf chlorfreiem Papier gedruckt.

ISSN 1615-3464